

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1900 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 1100 M., für das übrige Ausland 1200 M. Postbestellungen nehmen an: Belgien, Dänemark, England, Irland, Finnland, Frankreich, Holland, Griechenland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Skandinavien und Ungarn.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Kompositionelle kostet 200 M. Reklamestelle 1200 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 75 M. (zählbar zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 50 M. Stellensuche und Schließensuchen das erste Wort 40 M., jedes weitere Wort 30 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 88 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 29. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktoria-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Wir warr in Paris.

„Vorsätzlich“ oder nicht? — „Einstimmig“ oder nicht?

Als gestern nachmittag der amtliche Wortlaut des Beschlusses der Reparationskommission in der Frage der Holzlieferungen in Berlin eintraf, wurde mit Ueberraschung festgestellt, daß darin von einer „vorsächlichen“ Verfehlung Deutschlands gar nicht die Rede ist, im Gegensatz zu dem Text, den die offiziöse Havas-Agentur tags zuvor verbreitet hatte. Vielmehr wurde durch WTB. bekanntgegeben, daß dies ein „willkürlicher Zusatz“ der Havas-Agentur gewesen sei.

Der Unterschied zwischen den beiden Fassungen und den sich daraus ergebenden völkerrechtlichen und politischen Folgen geht aus nachstehender Gegenüberstellung des Wortlautes der §§ 17 bzw. 18 der Anlage II zum 8. Teil des Versailler Vertrages hervor:

§ 17. Kommt Deutschland irgendeiner seiner Verpflichtungen aus diesem Teile des gegenwärtigen Vertrags nicht nach, so zeigt der Ausbruch diese Nichterfüllung unverzüglich jeder der beteiligten Mächte an und teilt ihr gleichzeitig seine Vorschläge über die im Hinblick auf diese Nichterfüllung angebracht scheinenden Maßnahmen mit.

§ 18. Die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können sein: wirtschaftliche und finanzielle Sperren und Vergeltungsmaßnahmen, überhaupt solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten.

Doch sollte diese angenehme Ueberraschung nur von kurzer Dauer sein. Denn im Laufe des Abends lief folgendes Telegramm der Agentur „Est Europe“ aus Paris ein:

Die Reparationskommission veröffentlicht folgendes Communiqué:

Die Reparationskommission beschließt in Ausübung des Interpretationsrechtes, daß ihr der § 12 Anhang II, Teil VIII des Friedensvertrages enträumt, daß das Wort „Verfehlung“ im § 17 des genannten Anhangs denselben Sinn habe wie der Ausdruck „vorsächliche Verfehlung“ im § 18 dieses Anhangs.

Offiziell wird zu diesem Beschluß bekanntgegeben, daß er in der Sitzung vom 28. Dezember von den Mitgliedern der Reparationskommission einstimmig gefaßt wurde und daß man in ihm eine feierliche Auslegung des § 17, Anhang II, Teil VIII, des Friedensvertrages zu erblicken habe.

Danach würde der Zufall der Havas-Note gar keine willkürliche Fälschung gewesen sein, sondern der nackten Wahrheit entsprechen. Aber so einfach liegen die Dinge doch nicht, wie sie dieses neueste Communiqué des Herrn Barhou hinzustellen beliebt. Es ist zwar richtig, daß der § 12 des betreffenden Anhangs der Reparationskommission die Ermächtigung zur Auslegung der Bestimmungen“ desjenigen Teiles des Friedensvertrages verleiht, der die Wiedergutmachungen betrifft. Aber dieses „Interpretationsrecht“ kann doch nicht dahin führen, daß erklärt werden kann, weiß und schwarz sei von jetzt ab dieselbe Farbe. Mit aller Deutlichkeit, ja noch deutlicher als in der deutschen Uebersetzung unterscheiden die maßgebenden französischen und englischen Originale des Versailler Vertrages zwischen einem „manquement“ bzw. „default“ (im § 17) und einem „manquement volontaire“ bzw. „voluntary default“ (im § 18). Die Reparationskommission mag noch so einstimmig sein, nie und nimmer wird sie rechtskräftig beschließen können, daß „sahrlässig“ und „vorsächlich“ ein und dasselbe bedeuten.

Der beste Beweis dafür, daß man sich in den maßgebenden französischen Regierungskreisen dieser Unterscheidung und ihrer Bedeutung bewußt war, geht aus folgendem Telegramm der Agentur Europa-Press hervor:

Paris, 28. Dezember. (E.P.) Der „Temps“ veröffentlicht heute eine offiziöse Note, die einen Rückzug der französischen Regierung (meint „Europa-Press“) in der Frage der deutschen Holzlieferungen bedeutet. Der Beschluß der Reparationskommission in dieser Angelegenheit war von den französischen Zeitungen allgemein dahin ausgelegt worden, daß damit die französische Regierung das Recht erlangt habe, in Verbindung mit den Alliierten, nötigenfalls auch allein, gegen Deutschland Sanktionen zu ergreifen. Der „Temps“ erklärt nun heute, daß ein Unterschied gemacht werden müsse, ob es sich um ein einfaches Verfehlen oder um ein absichtliches Verfehlen handle. Nur ein absichtliches Verfehlen gestalte das Ergreifen von Sanktionen. Der Beschluß der Reparationskommission spreche nur von ein Verfehlen schlechthin, ohne zu bestimmen, ob es sich um ein absichtliches Verfehlen handle. Da der Versailler Vertrag der Reparationskommission die Auslegung strittiger Punkte des Vertrages zuspreche, so habe auch die Reparationskommission darüber zu entscheiden, in welchem Sinne das Verfehlen gemeint sei. Die Beschlüsse über die Ausführung des Vertrages von Versailles hätten aber ebenfalls einstimmig zu erfolgen.

Diese Auslassungen des „Temps“ könnten nun als durch das obige Communiqué der Reparationskommission überholt angesehen werden. Indessen ist es ganz unverständlich, wieso die Reparationskommission eine solche schicksalsschwere Auslegung in Abwesenheit des britischen Vertreters Bradburn, der bekanntlich am Mittwoch nach London abgereist ist, um Bonar Law Bericht zu erstatten, verfügt haben konnte, und obendrein einstimmig, ohne daß eine neue Sitzung stattgefunden hat. Es ist vielmehr bereits am Mittwoch gemeldet worden, daß infolge der Opposition Bradburns die erforderliche Einstimmigkeit bei der Feststellung einer vorsächlichen Schuld Deutschlands nicht vorhanden war.

Alles in allem steht man einem völligen Wirrwarr gegenüber. Am Mittwoch verbreitet Havas offiziell einen anderen Text als der offizielle Wortlaut der Reparationskommission und am Donnerstag veröffentlicht fast zur gleichen Stunde der „Temps“ offiziös und die Reparationskommission offiziell widerspruchsvolle Mitteilungen über den Sinn dieses Beschlusses: Nach der einen Lesart ist der Unterschied zwischen der einfachen Verfehlung und der vorsächlichen Verfehlung von ungeheurer politischer Tragweite, nach der anderen Lesart gibt es überhaupt keinen Unterschied zwischen beiden Sorten Verfehlungen!

Und das alles um eine Holzmenge, deren Wert nur ein paar Millionen Goldmark beträgt und deren Nachlieferung Deutschland bereits freiwillig angeboten hatte! Ganz abgesehen davon, daß nach einem früheren Abkommen über Sachlieferungen Deutschland einstweilen nur dazu aufgefordert werden könnte, den fehlenden Betrag in bar auszugleichen. (Siehe auch 3. Seite.)

Deutschlands Vorschläge. Für die Pariser Konferenz.

Die Reichsregierung soll sich am Donnerstag über die wesentlichen Grundlinien der nach Paris zu richtenden Vorschläge nach langem Hin und Her schlüssig geworden sein. Für Freitag ist eine abschließende Besprechung mit Vertretern der Wirtschaft beabsichtigt, aus der sich vor allem endgültig ergeben muß, wie groß die Opferfreudigkeit der Industrie ist.

Bei dem Vorschlag handelt es sich, wie der „Sozialdem. Parlamentsdienst“ meldet, in der Hauptsache um einen Plan, der eine endgültige Lösung vorsieht und in dem eine feste Summe, die nach Ansicht der Regierung der deutschen Leistungsfähigkeit entspricht, angegeben werden wird. Auch sind bestimmte Garantien vorgesehen, die hauptsächlich von der Industrie getragen werden sollen, die zu tragen sich die Industrie bisher aber nicht bereit erklärt hat. Im Verlauf der Kabinettsberatungen haben innerpolitische Motive, die von dem Reichswirtschaftsminister Beder und dem Reichsaußenminister Rosenfeld verfochten wurden, eine gewisse Rolle gespielt. Der vorgesehene Plan an sich stellt deshalb ein Kompromiß zwischen der Auffassung der einzelnen Regierungsmitglieder dar. Eine einheitliche Auffassung, insbesondere über die Höhe der anzubietenden Summe, ist nicht zustande gekommen.

Man beginnt jetzt auch in den Ententestaaten Vorbereitungen für die Pariser Konferenz zu treffen. Bonar Law soll z. B. einen neuen britischen Reparationsplan ausgearbeitet haben, über den er auch mit Deutschland zu verhandeln gedenkt. Das Programm scheint der Pfänderpolitiker Poincaré insofern entgegenzukommen, als es sich zu Sanktionen unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß der von Deutschland zu zahlende Betrag auf eine vernünftige Summe herabgesetzt wird, Sanktionen aber erst dann in Kraft treten sollen, wenn Deutschland die Zahlung dieser Summe nicht ordnungsgemäß leistet. Sollte über die Reparationsfrage im allgemeinen eine Einigung in Paris zustande kommen, dann will der englische Ministerpräsident Vorschläge über die Lösung der Frage der alliierten Schulden machen. Während also auf der letzten Londoner Konferenz das Reparationsproblem mit der Frage der interalliierten Schulden verknüpft wurde, soll jetzt jede Frage einzeln behandelt werden. Daraus wird gemutmaßt, daß ein Einvernehmen zwischen England und Frankreich auch in Paris nur schwer zustande kommen werde.

Infolge Verschlechterung der englisch-fürstlichen Verständigungsaussehen in Lausanne soll, nach einer nichtoffiziellen Neutermeldung aus Maila, die britische Mittelmeerflotte wieder in die kleinasiatischen Gewässer abgehen. In Lausanne lehnten die Türken u. a. die Teilnahme von Nichttürken an der Aburteilung angeklagter Ausländer ab.

Auch Sowjetrußland hält am Vorkriegsstand fest und warnt davor, ohne seine Einreiseerlaubnis in russischen Hafen-Ländern zu wollen.

Führerauslese.

Von Hermann Müller-Franken

„Friedrich Wilhelm IV. liebte sogenannte geistreiche Leute um sich, die aber in der Regel ganz wie er unpraktische Schwärmer waren, der jetzige Kaiser wünscht nicht einmal kluge Leute und umgibt sich aus Ueberlegung mit Mittelmaßigkeiten und schwachen Charakteren.“ Das schreibt am 18. März 1893 der Feldmarschall Graf Alfred Waldersee in sein Tagebuch. Das Datum hatte ihm den Anlaß gegeben, den Vergleich zu ziehen. Graf Waldersee wußte Bescheid. Die 879 Seiten Denkwürdigkeiten, die sein Kesse in 2 Bänden jetzt durch die Deutsche Verlagsanstalt herausgegeben liegt, zeigen uns einen klaren Beobachter. Ihre Lektüre kann denen, die die zurückliegenden Verantwortlichkeiten für den deutschen Zusammenbruch feststellen wollen, nur warm empfohlen werden.

Graf Waldersee war nach Stand und Erziehung schärfster Gegner der Sozialdemokratie. Er hatte für die Triebkräfte der sozialistischen Bewegung nicht das geringste Verständnis. Er hätte die Sozialdemokratie am liebsten im Straßenkampfe niedergeschlagen und das allgemeine Wahlrecht abgeschafft. Aber er mußte zu seinem Leidwesen eingestehen, daß die Sozialdemokratie ihm keine Gelegenheit zu Barrikadenkämpfen gab, sondern so klug war, ihre Zeit abzuwarten, für die niemand mehr arbeitete als der Kaiser. Bereits am 24. September 1890 will Waldersee, der bei Regierungsantritt für den neuen Herrn geradezu geschwärmt hatte, beschwören, daß nicht einer Vertrauten in die Zukunft hat, und er notiert dazu: „Die wirklich Zufriedenen sind die Sozialdemokraten, die sehen ihren Weizen blühen und beurteilen vielleicht den Kaiser am richtigsten.“ Und am 22. Juni 1893 sagt er: „Der jetzige Kaiser... züchtet geradezu Sozialdemokraten.“ Solche Wahrheiten durften damals von Stützen des Staates nicht offen vortragen werden, deshalb schrieb sie der Graf in stillen Stunden geheimnisvoll nieder.

Die nationalistische Jugend von heute wird von Lehrern, die aus der Geschichte nichts lernen wollen, gegen die Republik aufgehetzt, der es am Heldischen fehle und die keine Führer finde. Diese nach Helldürstenden rufen nach einem neuen Bismarck. Aber Bismarck war in den Tagen von Olmütz ein ganz anderer, als nach den Erfolgen von 1866. In welcher Stimmung der wirkliche Bismarck von Wilhelm II. „mit Weidmannsheil“ erwidert wurde, dafür liefern Waldersees Tagebücher neue Beweisstücke. Weiße Schichten des Volkes, besonders der Mittelklassen, die immer noch nicht begriffen haben, warum das kaiserliche Deutschland den Weltkrieg so gründlich verlieren mußte, lassen sich heute von nationalisistischen Klopffechtern einreden, daß die Republik, das parlamentarische System, das Verhältniswahlrecht schuld sei, wenn der Bismarck, der uns aus allem Elend herauszuführen soll, noch nicht heranwuchs. In Waldersees Tagebüchern kann aber Kapitel für Kapitel nachgelesen werden, wie unter der Monarchie, die in Deutschland weder parlamentarische System noch Verhältniswahl kannte, die selbständigen Führertalente geradezu abgetötet wurden. Wer diese Tagebücher gelesen hat und die heutigen Verhältnisse kennt, muß zugeben, daß in der Republik geradezu eine angenehme, reinliche Luft herrscht, verglichen mit der Atmosphäre der Gehässigkeit, des Neids, der Unfähigkeit, der Intrige, die sich seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. in den führenden Schichten des deutschen Volkes in steigendem Maße ausbreitete. Und zwar nicht nur in der Politik. Auch in der Armee. Entsetzt schreibt Waldersee am 28. Juni 1895: „Wie lange noch wird das jetzt beliebte System dauern, mit dem man die Armee innerlich schädigt, weil Charaktere gebrochen, dagegen Schuster und Heuchler gezüchtet werden. Ich fürchte, bis es zu spät ist.“

Das Parlament hatte damals nichts zu sagen. Beim Neujahrsempfang der kommandierenden Generale sagte Wilhelm II., wie Waldersee am 3. Januar 1893 notiert, über die damalige Militärorlage: „Ich lasse auch nicht einen Mann und nicht eine Mark und jagen den halbverrückten Reichstag zum Teufel, wemmer mir Opposition macht.“ Als der Kriegsminister Werdn 1890 über militärische Forderungen stolperte, war es für Waldersee ein betrübendes Gefühl, daß hier ein General durch Parlamentarier zu Fall gebracht wurde. Damals wurden beim Wechsel der Kanzler, Minister und Staatssekretäre weder Parteiführer noch Parlamentspräsidenten gefragt. Der zu allem fähige, gottbegnadete Kaiser machte das ganz allein. Sehen wir uns das Resultat dieser kaiserlichen Führerauslese nun einmal nach den Zeugnissen Waldersees an:

Auf seine (des babilischen Großherzogs) Befürchtung, daß jetzt leicht die Streber zu Einfluß kommen könnten, habe der Kanzler (Capeivi) erwidert, leider sei es schon so weit. (21. Oktober 1890.)

Wir haben darüber geklagt, daß Bismarck die Charaktere unterdrückt, hier sehen wir aber daselbe, nur in stärkerer und gefährlicherer Form. (19. Dezember 1890.)

Mit dem Kaiser, so sagte ich drastisch (zu Miquel) kann ein Kanzler erst dauernd wirtschaften, nachdem der hohe Herr

sich die Finger sämtlich dermaßen verbrannt hat, daß er keine Lust mehr spürt, noch irgend etwas selbst anzufassen. (23. Februar 1891.)

Es fragt sich nur, ob Caprioli sich nicht schon zu viel hat gefallen lassen, und ob nicht er sowohl wie die Minister erklären müßten: „Bei solchem Regiment können wir nicht bleiben.“ Dieser Fall wird endlich eintreten müssen. (20. Mai 1891.)

Leider ist dieser Fall nicht eingetreten, bis die deutsche Regierung in den Weltkrieg torkelte, wofür das deutsche Volk jetzt die Kiefenzehne zu zahlen hat, während es Wilhelm in Doorn sehr gut geht.

Anscheinend befinden wir uns nahe vor oder schon in einer Kanzlerkrise. Der Kaiser spricht mehrfach von eventuellen Nachfolgern, ist auch auf mich angedeutet worden und soll erwidert haben: „Nein, den habe ich mir für etwas anderes auf; der Posten ist auch ein schlechter, wer auf ihm noch kein gemachter Kerl ist, der wird es.“ (21. November 1891.)

Dazu bemerkt Waldersee: „Für mich ebenso schmeichelhaft wie erfreulich, aber was für ein Standpunkt!“ Im übrigen regt sich Waldersee anscheinend nicht sehr darüber auf. Er selbst stellt Bismarck (am 5. März 1890) als gewohnheitsmäßigen Lügner dar: „Namentlich hatte mich der fortwährende Gebrauch der Lüge als Kampfmittel sehr gegen den Kanzler eingenommen.“ Caprioli nennt er desgleichen gelegentlich einen Lügner und böswärtigen Verleumder (10. Dezember 1891), der es versteht, die Maske des Biedermannes aufzusetzen, aber falsch ist wie Galgenholz.“ (27. Dezember 1890.)

Alle guten Freunde sagten mir, ich solle es als ein Glück betrachten, jetzt nicht in Berlin sein zu müssen, wo das Leben immer unbehaglicher würde, wo Schusterei, Doppelzüngigkeit und Feigheit in einem Grade zunehmen, daß keiner mehr dem anderen traue. (4. Januar 1892.)

Es sah mir so, als ob er (der badische Großherzog) mit diesem (dem Kaiser) noch keine ernste Unterhaltung gehabt habe, ich konnte ihm sagen, daß der Monarch solchen überhaupt gern ausweicht. (30. Januar 1892.)

Es besteht ein klägliches Intrigenspiel, in dem Caprioli, Bötticher, Riquel, Zedlitz, Lucanus ihre eigenen Wege zu gehen versuchen, keiner dem anderen traut, keiner genau weiß, was der Kaiser will, namentlich, wie weit er gehen will, und alle noch Einfälle ahnen, die sie nicht recht kennen. (21. Februar 1892.)

Riquel hat den Kanzler immer für falsch und unfähig gehalten; seine Eindrücke haben sich nur verschärft. Er sagt, wir hätten Minister, aber kein Ministerium, es ließe alles auseinander. (8. Mai 1892.)

Am 25. Januar 1893 beschwert sich Waldersee in einem Briefe an den Generaladjutanten v. Blesien, daß Klatsch, Mißtrauen usw. in der Umgebung des Kaisers herrschten, und „daß, da die meisten ja leider abhängig sind, die Charaktere in Massen gebrochen werden.“

Der preussische Justizminister Friedberg sagte Waldersee: „Sie können dankbar sein, daß Sie in Altona wohnen; hier ist der Krieg aller gegen alle.“ (22. April 1893.) Der damalige Gesandte in Stockholm, Graf Wedel, und der Botschafter in Wien, Prinz Reuß, bezeichneten beide das auswärtige Amt wegen des Treibens der Hofstern, Kiderlen, Payer als Lugiasstall.

Männer von cinigem Selbstgefühl können eben auf die Dauer mit dem Kaiser nicht wirtschaften. Er hat Heimlichkeiten und daraus entsteht Mißtrauen. (23. Oktober 1894.)

Nach meiner Meinung ist er (der neue Kanzler, Fürst Hohenlohe) überhaupt nur möglich, wenn man ihm für die eigentliche Arbeit einen Bizekanzler zur Seite stellt. Natürlich wird er dem Kaiser zunächst durch seine Schwäche und Nachgiebigkeit sehr angenehm sein. (29. Oktober 1894.)

Am 9. April 1895 schreibt Waldersee schon wieder, daß Hohenlohe nicht viel mehr als eine Null darstelle, darüber sieht sich alle einig. Hohenlohe selbst aber denkt: „Ich habe mir fest vorgenommen, mich über nichts zu ärgern, und lasse alles laufen. Wollte ich es anders machen, so müßte ich wöchentlich mindestens einmal den

Abchied einreichen.“ Was ist die Folge dieser Art Politik?:

„Alles läuft auseinander und ist verärgert, die Minister schimpfen aufeinander und wirtschaften nur für sich. In der inneren wie in der äußeren Politik kommen heute Orders, morgen Konterorders und am dritten Tage wieder etwas anderes! (21. August 1895.)

Seit fünf Jahren haben wir nun diesen Zustand und kein Minister (außer Zedlitz) hat sich dagegen aufgelegt. In dieser ersten Zeit, in der nur feste Charaktere uns helfen könnten, ist des Kaisers Hauptbeschäftigung, Charaktere zu brechen. (17. März 1895.)

Es ist begreiflich, daß die Monarchie keine Führer züchten konnte, wenn der Kaiser so die Charaktere brach — und das deutsche Bürgertum sich das drei Jahrzehnte nicht nur etwa stillschweigend, sondern sogar hurraisch erliegend gefallen ließ. Aber war es denn vor seiner Zeit besser? Unter dem alten Wilhelm dukete Bismarck als allmächtiger Hausmeister keine selbständigen Männer neben sich. Bei ihm mußten die Botschafter einschwenken wie die Unteroffiziere. Am 15. März 1886 verzeichnet Waldersee eine Aeußerung des Grafen Herbert Bismarck, der über die deutschen Botschafter in wegwerfender Weise urteilte und sie gerne als Idioten bezeichne. Eine glaubhafte Aeußerung, denn Bismarcks Sprößling liebte es, die nicht vererbten Anlagen durch Kraftmeierei und Rühigkeit des Tones zu ersetzen. Waldersee selbst gebraucht gelegentlich über die zünftige Diplomatie in Summa so wegwerfende Ausdrücke, daß sie der Herausgeber heute noch durch Punkte ersetzt. Dabei darf freilich nicht außer acht gelassen werden, daß Waldersee ein Anhänger des Angriffskrieges war, wofür sich die Diplomaten Bismarckscher Schule nicht begeistern durften. Bismarck pflegte seinen Willen durchzusetzen: „Die Minister sind völlig seine Kreaturen, er kommandiert im Staatsministerium und duldet keinen Widerspruch; alle diplomatischen Agenten berichten nur so, wie sie glauben, daß er es gerne hört. Alle Welt macht ihm und seiner Familie den Hof.“ (28. Februar 1889.)

Weil weder unter Bismarck noch unter Wilhelm II. furchtlose, charakterfeste Politiker zur Führung des Volkes gelangen konnten, erhielt der deutsche Zusammenbruch sein furchtbares Ausmaß. Am 26. April 1892 schrieb Waldersee in sein Tagebuch:

Die anderen Staaten können es aushalten, geschlagen zu werden — wir nicht. Das Deutsche Reich fällt auseinander. Preußen wird klein geschlagen und noch unter den Beständen von 1815 zurückgedrückt, die republikanischen Neigungen erhalten die Oberhand, und das Haus Hohenzollern kann ins Exil gehen. . . .

Daß wenigstens das Reich nicht auseinanderfiel, ist denen zu danken, die nach dem Zusammenbruch des preussischen Militarismus im Rahmen der Republik die Einheit des Reiches retteten. Die damals in schwerster Zeit die Führung übernahmen, werden ihre Anerkennung bei den künftigen Geschichtsschreibern finden. Die Hölzlinge Wilhelms II. vertrieben sich am 9. November. Der neue Staat mußte sich und wird sich vom Vertrauen des Volkes getragene Führer schaffen.

Vor einem Irrtum freilich muß sich das deutsche Volk hüten. Der Führer, der das ganze Volk hinter sich bekommt, wird nicht geboren werden. Die Klassengegensätze sind eine reale Tatsache. Realpolitiker sollten sie am wenigsten übersehen. Sie werden erst in der sozialistischen Gesellschaft überwunden werden. Heute aber ist die nächste Aufgabe deutscher Außen- und Innenpolitik: die Festigung der Republik. Hoffen wir, daß es unter den neuen Verhältnissen dem deutschen Bürgertum, das jahrzehntelang Wilhelm und seine Paladine wirtschaftlich ließ, gelingen möge, für diese Aufgabe energische, klarsichtige Führer zu finden. Die deutsche Arbeiterklasse weiß längst, daß das, was von deutscher Zukunft noch zu retten ist, nur von überzeugten Republikanern gerettet werden kann. Republikaner, die das Wort Republik nicht aussprechen können, ohne zu flottern, hätten besser getan, ihre politische Laufbahn unter Wilhelm II. abzuschließen.

Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Aussprache über die fünf Punkte.

Amlich wird mitgeteilt: Die von den Spitzenverbänden der Gewerkschaften angeregte Besprechung fand gestern nachmittag beim Reichskanzler statt. Einleitend betonte der Reichskanzler, daß die Regierung es als ihre Pflicht betrachte, mit allen Parteien und Klassen an der Lösung der schwebenden Fragen zusammenzuarbeiten, und daß nur Mangel an Zeit es bisher nicht zu einer Besprechung mit den Gewerkschaften habe kommen lassen.

Die Sphingengewerkschaften hatten ihre Wünsche vorher schriftlich unterbreitet. Sie betrafen u. a. zunächst den zu erwartenden Brotpreis und die Frage, wie dessen Erhöhung der werktätigen Bevölkerung erträglich gemacht werden könne. Der Reichsernährungsminister erklärte dazu, daß bereits Vorbereitungen auf dem Gebiete des Lohn- und Gehaltswesens getroffen seien und daß sofort nach Feststellung des Ausgabenpreises der Reichsgetreidestelle neuerliche Fühlung mit den beteiligten Ressorts in Reich und Land und den wirtschaftlichen Vereinigungen genommen werde.

Bei der Aussprache über das Reichseinkommensteuergesetz wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die starke Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger und auf die Unbilligkeit hingewiesen, die sich als Folge der Geldentwertung aus verspäteter Steuerzahlung anderer ergebe. Der Reichskanzler verwies auf den dem Reichsrat zur Abstellung dieser Mißstände vorliegenden Gesetzentwurf und auf die Bemühungen der Reichsregierung zu scharfer Erfassung und schneller Erhebung der Steuern.

Zur Frage der Wohnungsfürsorge wurde darauf hingewiesen, daß die sehr wesentlich gesteigerte Wohnungsabgabe verbunden sein müsse mit weitgehender Einwirkung auf die Preise aller Baustoffe, im besonderen die Preise für Holz, und daß weitere Voraussetzung die Beibehaltung der jetzigen Wohnungsgefeßgebung sei. Die Erörterung darüber wird mit den zuständigen Ressorts fortgeführt werden.

Des Weiteren wurde über die Preisgestaltung und die Möglichkeit der Verhinderung übermäßiger Verteuerung der Waren gesprochen. Die hierüber und zu den anderen erörterten Fragen gegebenen Anregungen sollen von den zuständigen Ressorts verfolgt werden.

Im weiteren Verlauf der allgemeinen Aussprache über innenwirtschaftliche Maßnahmen erklärte der Reichskanzler, daß nach dem Willen der Regierung zur Tragung der unabwendbaren Lasten alle Kreise unseres Volkes nach Maßgabe ihres Könnens heranzuziehen seien.

Der ungarische Parteitag.

Wien, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der an den Weihnachtsfeiertagen in Budapest abgehaltene Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie war von über 300 Delegierten besucht. Die Polizei hatte sich ein großes Aufgebot geleistet. Etwa 20 legitimierte Geheimpolizisten und über 30 uniformierte Schutzleute überwachten den Parteitag. Das wiederholte Eingreifen der Polizei rief große Aufregung hervor. Ein solches Eingreifen erfolgte insbesondere, als Genossin Nina Bang-Ropenhagen von dem Land sprach, in dem es üblich sei, sozialdemokratische Redakteure totzuschlagen und ihre Leichen ins Wasser zu werfen. Der Kongreß wäre sicher von der Polizei aufgelöst worden, wenn man nicht infolge der Anwesenheit ausländischer Delegierter Furcht vor der Wirkung einer Auflösung im Ausland gehabt hätte. Als Vertreter der Zweiten Internationale war Genosse Vanderveide gekommen, dessen Rede über die Amnestie eine ganz außerordentliche Wirkung übte. Sie war politisch sehr geschickt, vermied starke Angriffe und viele Parteigenossen meinen, daß diese Rede sehr günstige Folgen haben werde. Der Kongreß, an dem für die Deutsche Sozialdemokratie Genosse Dr. Adolf Braun teilnahm, hat sehr energisch gegen die geplanten Ausnahmegeetze und gegen die Verfolgungen protestiert und sich für eine aktive Sozialpolitik ausgesprochen.

Kuriositäten.

Von Bruno Manuel

Im Leben wird manchmal vom Großen zu viel und vom Kleinen zu wenig hergemacht. Das gilt auch für das aufs Papier projizierte Leben, dessen Kenntnis die Druckerschwärze vermittelt. Man muß bei der Letztüre oft Gestalten und Ereignisse ins umgekehrte Größenverhältnis bringen, um ihren Wert und den Umfang ihrer Auswirkung zu ergründen. Große Leitern sind nicht immer das Privileg für große Ereignisse. Zeitunglesen erschöpft sich nicht im Ueberfliegen fetter Schriftsätze. Versteckte Zwölfszeilennotizen können die Weisheiten und Kriterien kompakter Leitartikel besitzen, wie kompakte Leitartikel die Leicht- und Seichtheiten versteckter Zwölfszeilennotizen besitzen können.

Ran liest etwa so nebenher in der Chronik von zwei Betrüggern, die unehelichen Stoffhandel trieben. Die Hochflut der Prozesse schiebt zwischen Delikt und Richterpruch eine längere Zeitspanne. Die Verhandlung stellt schließlich manches richtig. Zeugenausagen erschließen das Ursprungsbild. Die beiden Händler hatten (so was ergibt sich) kein betrügerisches Motiv. Freispruch erfolgt Jahr und Tag nach der Beschuldigung; sie nehmen ihre beschlagnahmten Stoffballen in Empfang. Als das Gericht sie an sich nahm, stand der Dollar 300. Als die Freigesprochenen sie wiederbekamen, stand er 8000. Die Anklage hat zwei zu vielfachen Milliardern gemacht. Dieser Prozeß birgt ein Kriterium der Zeit; er ist ein Beweis mehr für den Wohlstand der Weltwirtschaftskrise.

In diesen Zeitläuften kommt es auch vor, daß jemand unbedingt ins Gefängnis will. So einem glückt es aber nicht. Täglich stellen sich der Polizei Delinquenten zur Verfügung, die schwören, etwas auf dem Kerbholz zu haben. Nächst kam einer, um drei Monate abzusitzen wegen eines antiquierten Vergehens. Man beachte: drei Monate! Bis dahin ist der Winter aus. Die Beamten durchstöberten Akten und Tagesblätter nach dem Fall. Häufigen Jahrgang aus Jahrgang. Dann fanden sie es und zuckten die Achseln: Die Tat, 1913 verübt, war längst amnestiert. Dieser Obdachlose oder Stiefkinderlose oder Kohlenlose muß erst wen unglücklich machen, bis ihm das Bild der heiligen Zelle blüht. Schließlich erhält er auch dann noch Strafausschub. Ja, es ist heutzutage keine Kleinigkeit, Gefangener zu werden.

Die Diebestechel blüht mit der Entwicklung Schritt. Die Zeit der Sauerstoffgebläse, Fangschirme und Strickleitern ist vorbei. Gedächtnisnotizen hat ausgedient. Hinter Panzerplattenläden liegen höchsten Akten. Bargeldloser Verkehr regiert die Stunde. Sogar die Spühbuben haben sich in diesen Jahren wirtschaftlicher Soltos umstellen müssen. Auf ganz seltene Gedanken kam ein Pariser Dieb: er troch im Laden eines Antiquars in eine Rittersrüstung. Bei anbrechender Nacht kletterte er so durch den Raum, um gleich stehen bleiben zu können und nicht erkannt zu werden. Auf der Treppe sah der Antiquar das wandelnde Blech ab, nahm ein Schwert von

der Wand, hieb den hilflosen Ritter um. Beim Sturz verbog sich das Hirschhorn; der Dieb kam nicht aus dem eisernen Anzug. Nicht die ganze Nacht, nicht den nächsten Tag. Die Polizei stopfte ihm durch die Rüstung einen Schlauch in den Mund, pumpte dem Hungernden flüssige Nahrung ein. Ganz Paris soll Tränen gelacht haben.

Ein Fall, der vom Gerichtssaal ins breite Leben überspielt, der das Psychologische der Frauen fesselt beleuchtet: In Los Angeles stand eine kalifornische Schönheit wegen Mordes vor dem Richter. Dieses Verbrechen einer eleganten Weltbilde zog die gesamte Dornenwelt auf die Zuschauertribüne. Optisch, weniger seelisch gespannt, erwartete man die Vorführung der Mörderin. Die Reporter hielten die Blisliste gepulst, alle Rodats waren auf die Anklagebank gerichtet. Man brante auf das Antlitz, vor dem alle Männer weich und alle Frauen neidisch wurden. Die Tür ging auf — alles schweig. Herein schritt die Angeklagte mit verbedem Gesicht. Sie hatte vom Hals her einen Schleier hochgebunden, der bloß die Augen frei ließ. „Sie sieht wieder mal entzündend aus“, murmelten die Männer, und die Frauen plachten vor Reid. Tags darauf lief in Los Angeles die Weiblichkeit verschleiert durch die Straßen, mit vom Hals her hochgebundenem Tüll, der bloß die Augen frei ließ. Es ist, wie gesagt, fesselt bestellt mit der weiblichen Seele.

Das sind so ein paar Kuriositäten, die im Dasein blühen wie Blumen auf Wiesen. Man hat sie nur zu pflücken nötig. Puulogische Gärner pferpflanzen sie aufs Papier, übergeben sie mit Druckerschwärze und streuen sie in die Beete der „Kleinen Chronik“, des „Neuem vom Tage“ und so.

Drüse und Seelenleben.

Obenan in der Reihe unserer Hilfsmittel zur Volksaufklärung und Bildung steht der wissenschaftliche Film, da er an Eindringlichkeit das gesprochene Wort, wie auch das Bild übertrifft. Denn am mühelosesten dringen interessante Laufbilder ins Bewußtsein und hoffen durch ihre dem Ablauf der sichtbaren Dinge des Lebens folgende Entwicklung. Auf den Gebieten der Naturerkenntnis, sei es bei der Darstellung von Art, Sitten, Lebensbedingungen fremder Völker, sei es bei industriell-technischen Vorgängen, die die wenigsten Menschen sonst kennen lernen, sei es bei Zusammenhängen von Boden, Pflanze, Tier und Mensch, sei es bei der Einsicht in Gesetze seelischen Geschehens, überall ist der Film ein unentbehrliches Mittel geworden.

So begrüßen wir es mit Freude, wenn der Film nun auch versucht, neues Licht in ein dunkles und wichtiges Gebiet zu werfen, Aufklärung zu bringen über gewisse Zusammenhänge zwischen eigentümlichen körperlichen Vorgängen — der sogenannten „inneren Drüsentaätigkeit“ — und seelischen wie seelischen Auswirkungen dieser Sekretion gewisser innerer Drüsen. In der Wissenschaft sind solche Erscheinungen seit etwa zwei Jahrzehnten bekannt, in der breiten Öffentlichkeit sind sie vor allem durch die Steinach'schen Entdeckungen, die sich hierauf aufbauten, viel besprochen worden. Dies die Tatsachen: von der normalen oder abnormen

oder ganz fehlenden Tätigkeit dieser Drüsen hängt in starkem Maße das körperliche und seelische Leben bei Tier wie Menschen ab. Besser als alle theoretische Darlegungen beweist dies das Experiment. Es ist gelungen, auf operativem Wege ohne Schädigung des operierten Wesens solche Drüsen von männlichen Tieren auf weibliche zu überpflanzen und umgekehrt, nachdem schon vorher — sei es durch Krantheit, sei es durch Operation — diese Tiere ihrer eigentlichen Drüsen beraubt waren. Und was war die Folge? Die Männchen wurden in Größe, Knochenbau, Muskulatur und Wesenart zu Weibchen, die Weibchen wurden sozusagen „künstliche Männchen“. Ein solches „feminisiertes“ (verweiblichtes) Männchen wird von anderen Männchen als richtiges Weibchen betrachtet und umworben, es vermag Dinge zu sagen usw. Ein ursprüngliches Weibchen wird „mastuliert“ (vermännlicht). Es lag nahe, diese Experimente auch auf jene Zustände bei Menschen anzuwenden, deren seelische Einstellung nicht ihrer körperlichen (sexuellen) Art entspricht. Auch solche Operationen sind mehrfach ausgeführt worden, die Erfolge sind vielversprechend.

Nun hat es die „Ufa“ unternommen, im Film alle diese Probleme darzustellen — die beim Tiere und die beim Menschen. Vor einem geschlossenen wissenschaftlichen Kreise wurden diese jetzt auch für die Öffentlichkeit freigegebenen Filme mit Erläuterungen durch Fachmänner vorgeführt und lebhaft diskutiert. Einige Redner warnen dringend vor solcher Aufklärung, aber andere — vor allem Vertreter des Volkshochschulgedankens — rieten dazu, falls der fachmännische Vortrag eines in Volksbildungsfragen erfahrenen Redners den Film einleitete und begleitete. Auch wurde gefordert, daß manches, was dem Fachmann ohne weiteres verständlich sei, den Unerfahrenen aber irreführen könne, weggelasse, anderes hinzugefügt werde. So könnte (in der jetzigen Form) der Film den Eindruck erwecken, als ob das Leben jener abnorm veranlagten Menschen nur im Rauchen, Konsumieren von Alkohol und Tanzfesten bestünde, während die positiven Leistungen solcher Menschen, ebenso wie die Nachteile und ungeheuren Gefahren dieser Veranlagung in sozialistischer Hinsicht überhaupt nicht gezeigt wurden. Diesen Anregungen wurde vom medizinischen Mitarbeiter der Ufa sofort zugestimmt. Auch wurde den Darlegungen zweier Redner, die aus zufälligen Beobachtungen sich zu der Behauptung berechtigt hielten, man bringe solchen Fragen der Filmaufklärung mehr Verständnis in Berlin W. entgegen als in Arbeitervertretern, von uns energisch unter vielfacher Zustimmung entgegengetreten. Im Gegenteil, wir glauben gerade, daß hier die Kreise sind, die für solche Aufklärungsarbeit am meisten in Betracht kommen! Denn hier ist jene Ernsthaftigkeit zu finden, auf der unsere Volkshochschularbeit beruht, hier ist man sich seiner sittlichen, sozialen Verantwortung bewußt, auch so heikle Probleme, die uns alle angehen, ohne Fribolität zu behandeln. Wieviel Anstalt kann verübt werden, wenn Eltern, Erzieher, Freunde die Erkenntnis gewinnen, daß manche Jüge ihrer Schutzbefehlungen gar nicht auf „Schlechtigkeit“, sondern auf abnormer Veranlagung beruhen, die körperlich bedingt ist! Dann kann man vielleicht solche im Grunde unglücklichen Menschen, die viel häufiger vorkommen, als der Laie ahnt, durch Rat und Hilfe aus ihrer töperlich bedingten sozialen Minderwertigkeit (in Familie, Amt, Staat) herausheben und zu nützlichen Mitgliefern der Gesellschaft erziehen.

Es ist erst ein paar Jahrhunderte her, daß man auch die eigentlichen Geisteskranken, in Unkenntnis des Wesens ihrer Absonder-

Die Holzlieferungen.

Bertrager der Reichsregierung haben der Reparationskommission am 2. Dezember über die Frage der Ausfälle in den Holzlieferungen des Jahres 1922 Erklärungen abgegeben, denen zu entnehmen ist, daß die seit Ende März und Ende April d. J. aufgegebenen Lieferungen sich gut anzulassen schienen, bis im Juni

der große Marktsturz

begann und zu folgenden Erscheinungen führte:

Die Lieferanten konnten mit den nicht gleitend vereinbarten Papiermarktpreisen den Rohstoffbedarf (für Schwellenholz usw.) nicht mehr decken; die Preise richteten sich nicht aus zur Deckung der Betriebskosten, insbesondere der Löhne und Transportauslagen. Die Lieferanten gingen bei Durchführung der Verträge dem Ruin entgegen und stellten die Lieferungen ein. Der Reichskommissar versuchte, die Vertragsrechte auszuüben, um die Lieferungen zu erzwingen, sogar durch Enteignung greifbarer Vorräte. Als sich herausstellte, daß er so nicht zum Ziele komme, hat er die Reichsregierung geteilt, ihm das Recht zu gewähren, in Zukunft Goldmarkverträge abzuschließen und die Erfüllung abgeschlossener Verträge durch Erhöhung der vereinbarten Preise zu ermöglichen. Seit längerer Zeit ist sämtlichen Reichsstellen verboten, in Verträgen vereinbarte Preise zu erhöhen, aber trotz der erheblichen Bedenken hat die Reichsregierung dem Reichskommissar diese Ausnahmebestimmung eingeräumt. Nun konnte der Reichskommissar Ende Juli erneute Vertragsverhandlungen mit den alten Lieferanten führen und hat sich mit der überwiegenden Mehrzahl der Lieferanten geeinigt und die Lieferung wieder in Gang gebracht. Inzwischen war aber sehr viel kostbare Zeit verloren.

Weiter haben vielfach die Abnahmebeamten der alliierten Länder schärfere Anforderungen gestellt

als vorgesehen war. Wenngleich auf deutsche Vorstellungen diese Uebergriffe abgestellt wurden, so waren doch Zeitverluste die Folge. Es ergaben sich dadurch Störungen in den Transporten. Außerdem weigerten sich die betroffenen deutschen Lieferanten, die Lieferungen unter diesen protokollwidrigen Bedingungen fortzusetzen; andere Lieferanten zogen ihre Angebote zurück.

Schließlich stellte sich heraus, daß die Forderungen der alliierten Länder auf Holzarten und Abmessungen und unter Bedingungen, wie sie in Deutschland nicht üblich sind, von der deutschen Sägeindustrie als eine erhebliche Erschwerung empfunden werden. Dies und die Abnahmehemmnisse erschweren dem Reichskommissar die Ausbringung des Holzes außerordentlich. Trotzdem ist es gelungen, den Schwellenbedarf für Belgien vollkommen sicherzustellen, desgleichen die Schnittholzlieferungen für Frankreich. Die für England vorgesehene Probelieferung wird bis zum Ende dieses Jahres erfüllt sein. Die außerdem geforderten 70 000 Schwellen sind bereits abgeliefert.

Die Schwierigkeit der Beschaffung von Telegraphenstangen liegt vor allem in den von den Alliierten geforderten Abmessungen. Es waren trotz eifriger Bemühungen Angebote nur in geringen Quantitäten zu erlangen, die zum Teil unterhalb der Mindestmengen lagen. Auch die Imprägnierungsbedingungen setzen einen großen Posten angetaufter, den deutschen Bedingungen entsprechender Telegraphenstangen nicht zur Ablieferung gelangen.

Bezüglich der Strohholzlieferungen war in den Januarverhandlungen Langholz angefordert. Am 24. März ist diese Anforderung auf kurze Stempel umgeändert worden. Die Erzeugungsmöglichkeit aus dem Ertrag 1921/22 für diese kurzen Stempel war mit Ende März vorüber, so daß zur Erzeugung der Quantitäten der neue Einschlag, welcher am 1. Oktober 1922 begonnen hat, benutzt werden muß. Das Lieferungsprotokoll vom 24. März trägt dieser Notwendigkeit Rechnung, indem es die Lieferfrist bis Ende Februar 1923 festsetzt. Die Lieferung wird aller Voraussicht nach bis dahin durchgeführt werden.

Für Italien fehlen noch 65 000 Kubikmeter Schnittholz. Hieron waren bereits 30 000 Kubikmeter angekauft. Nachträglich und trotz vorheriger italienischer Vertragsgenehmigung verlangte der Wiesbadener italienische Abnahmehelfer eine Veränderung der Abnahmeformalitäten und stellte Forderungen, wie sie sonst bei keinem anderen Lieferungsvorgang vorkommen. Da die deutsche Firma sich weigerte, auf diese Veränderung einzugehen, mußte sie aus dem Vertrage entlassen werden.

Die ernstlichen Anstrengungen der Reichsregierung und des Reichskommissars werden fortgesetzt werden. Da die Möglichkeit be-

steht, daß nicht sämtliche aufgegebenen Mengen bis zum Endtermin abgeliefert werden können, hat die deutsche Regierung um Verlängerung der Uebergabe- und Lieferungszeiten bis zum 1. April 1923 gebeten.

Mit Gewährung dieser erbetenen Nachfrist würde für die gesamten Holzarten eine tatsächliche Lieferzeit von 12 Monaten gegeben sein, gerechnet vom Tage des Eintreffens der Comande (31. März 1922). Diese zwölfmonatliche Lieferzeit hätten sicher auch die alliierten Sachverständigen bei den zu Anfang Januar stattgehabten Verhandlungen ins Auge gefaßt.

Was bisher geliefert wurde.

Am Anschluß an die vorstehende Veröffentlichung wird durch BIZ noch mitgeteilt:

Bis Anfang Dezember sind etwa 50 Proz. der von der deutschen Regierung insgesamt für Frankreich, Belgien, Italien und England angebotenen Mengen zur Ablieferung gebracht worden. Bereits bei Abgabe des Angebots zu Beginn 1922 hatte Deutschland ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es wegen der späten ohne Schuld der deutschen Regierung erfolgten Anforderung wahrscheinlich nicht möglich sein würde, die Lieferungen in dem gesamten Umfang durchzuführen. Die Ausfälle erstrecken sich sowohl auf die französischen wie auch auf die belgischen und italienischen und in kleinerem Maße auf die englischen Lieferungen. Nichtsdestoweniger ist die Feststellung der Verletzung Deutschlands in der Reparationskommission für die französischen Lieferungen allein beantragt und durchgeführt worden.

Die Angebotsmengen belaufen sich auf 200 000 Stück Telegraphenstangen, 55 000 Kubikmeter Schnittholz, Radel.

Hieron sind bisher geliefert etwa 55 000 Stück Telegraphenstangen, 35 000 Kubikmeter Schnittholz, Radel.

Der Wert der nichtgelieferten Mengen beträgt unter Zugrundelegung der Gutschriftenpreise der Reparationskommission etwa 2 1/2 Millionen Goldmark. Wenn es auch nicht gelungen ist, die vorgesehenen Liefermengen in dem vorgeschriebenen Zeitraum zur Ablieferung zu bringen, so glaubt die deutsche Regierung doch, den Nachweis erbracht zu haben, daß sie im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands alle Anstrengungen gemacht hat, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Eine Verletzung Deutschlands kann demnach keineswegs als vorliegend angesehen werden.

Schärfste Kritik in England.

Ueber die Beurteilung dieses Zwischenfalles durch die maßgebenden englischen Kreise ist ein längerer Aufsatz der „Times“ sehr bemerkenswert, in dem zunächst der an sich gleichgültige Charakter dieser ganzen Holzangelegenheit festgestellt und bestätigt wird, daß die Verzögerung lediglich bedeute, daß Deutschland in bar den Wert des nicht gelieferten Materials zu bezahlen habe. Es wird sodann aber bemerkt, daß die französische Regierung aus dieser anscheinend nebensächlichen Angelegenheit eine weittragende politische Aktion zu konstruieren beabsichtige.

„Times“ fährt fort, wenn dies ihre Absicht sei, so wäre England gezwungen, zu sagen, daß es in sehr hohem Maße bedauere, daß ein solcher Versuch gemacht würde, der Frage Gewalt anzutun. Die britische öffentliche Meinung sei nicht bereit, die Reparationsfrage vom Standpunkt der Anwendung von Sanktionen und Garantien zu betrachten, und es bestünde in England kein Wunsch, in einen fruchtlosen Streit darüber gezogen zu werden, was schließlich doch nur die untergeordneten Seiten eines sehr kritischen allgemeinen Problems seien. Es sei von großer Bedeutung für England, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, daß es alles zähle, was irgendwie von ihm verlangt werden könne oder was es irgendwie zahlen könne, aber die britische öffentliche Meinung widersetze sich vollkommen der Ansicht, daß irgendwelche teilweise Zwangsmassnahmen wirksam sein würden, um die verlangten Summen von Deutschland herauszubekommen. England betrachte solche Maßnahme als im besten Falle unergiebig, da sie nur einen unwesentlichen Betrag in bar fördern könnte.

Anknüpfend daran bespricht das Blatt den gesamten Pfänder- und Garantieplan Poincarés und weist darauf hin, daß selbst, wenn die Durchführung des Planes nicht die Anwendung von Gewalt notwendig machen sollte, er eine weitere Störung in jenen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen hervorrufen würde, der gemeinsam abzuheifen erste Pflicht der Alliierten und ebenso der Deutschen sein müßte. Die interalliierte Konferenz könne tatsächlich nur erfolgreich sein, wenn die Frage von Sanktionen und Garantien für den Augenblick in den Hintergrund geschoben würde. Die deutsche Regierung und die deutschen Industriellen müßten in eine Lage versetzt werden, in der sie jeden Ansporn haben würden, sich ernstlich und für einen langen Zeitraum dem Werke der Stabilisierung der Mark und der Ausgleichung des Budgets zu widmen. Da sie in ihrem augenblicklichen ungeordneten Zustand (was auch immer die Ursache davon sei) keine regelmäßigen Reparationszahlungen leisten könnten, müßte ein Moratorium gewährt werden, allein zu dem Zweck, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Während des Moratoriums müßten die deutschen Finanzen einer alliierten Ueberwachung unterworfen werden, so daß im Falle einer vorläufigen Verschärfung der Deutschen, die Bedingungen durchzuführen, das Moratorium aufgehoben werden würde. Dies würde sicher Ansporn genug für die Deutschen sein, sich mit jener Reformarbeit zu befassen, die vorzunehmen sie endlich geneigt schienen. In Frankreich dürften keinerlei Illusionen bezüglich der britischen Meinung bestehen. England sei vollkommen für eine vernünftige, wirtschaftliche Lösung des Reparationsproblems.

Es gebe aber keinen Teil der öffentlichen Meinung in England, der dem zustimmen würde, daß die britische Regierung im augenblicklichen Stadium Zwangsmassnahmen unternehme, die nur jede Hoffnung auf eine allgemeine Lösung zum Schellern bringen könnten.

Die in der französischen halbamtlichen Erklärung gestern Abend zum Ausdruck gekommene Tendenz sei tief bedauerlich. Das Recht der französischen Regierung, die Strafe festzusetzen, die die Entscheidung der Reparationskommission nach sich ziehe, dieses Recht könne in dem Falle, daß die Strafe bereits durch die Kommission selbst vorgegeben sei, auch nicht einen Augenblick anerkannt werden.

Sonderbündler im Ruhrgebiet.

Köln, 28. Dezember. (Esa.) Wie aus Essen gemeldet wird, entwickeln die Anhänger von Smets in der letzten Zeit auch im Industriegebiet eine sehr lebhafteste Werbetätigkeit, so daß die Behörden mehrfach wegen Hochverrats einschreiten mußten. Der Mittelpunkt der Bewegung scheint Oberhausen zu sein, wo eine besonders starke Agitation für die Rheinisch-republikanische Volkspartei eingeleitet hat. Das Organ der Smetspartei, die „Rheinische Republik“, wurde in großen Mengen nach Oberhausen gebracht und zur Nachtzeit in die Häuser gemorren. Bisher wurden einige Personen unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet. Ein Vertreter des Reichsanwalts weilt in dieser Angelegenheit zur weiteren Untersuchung in Oberhausen.

Unerwünschte Einmischung?

Die Steuererhebung der Gewerkschaften.

Die Eingabe der Gewerkschaften gegen das Steuerrecht, die gestern Gegenstand der Besprechungen mit dem Reichskanzler Cuno war, ist der Rechtspreffe sehr in die Glieder gefahren. Da die tatsächlichen Feststellungen der Eingabe unannehmbar sind, versuchen es „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ mit einer Verchiebung des Sachverhaltes. Beide Blätter meinen, die Gewerkschaften hätten kein Recht, sich über das durch die Lohnsteuer den Arbeitern und Angestellten zugefügte Unrecht zu beschweren, denn die Sozialdemokratie habe ja die Einführung der Lohnsteuer mit herbeigeführt.

Es ist zunächst falsch, daß die Gewerkschaften jetzt Gegner der Lohnsteuer seien. In der Eingabe der Gewerkschaften wird nicht die Abschaffung der Lohnsteuer verlangt, sondern ihre soziale Ausgestaltung und die Einführung von Steuererhebungsmethoden, durch die die Besitzenden so stark zur Steuerleistung herangezogen werden, daß ihre gewaltige Bevorzugung durch die Geldentwertung aufhört. Bei dieser Stellungnahme befinden sich die freien Gewerkschaften in voller Uebereinstimmung mit allen übrigen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. So hat z. B. der „Deutsche Gewerkschaftsbund“ (christlich) bereits Mitte September auf die psychologischen Rückwirkungen des gewaltigen Steuerunrechts aufmerksam gemacht.

Gewiß ist die Sozialdemokratie für die Einführung der Lohnsteuer eingetreten. Auch heute noch hält sie diesen Standpunkt für richtig. Denn ohne eine ordnungsgemäße Finanzwirtschaft des Reiches ist keine Gesundung der Wirtschaft möglich. Jeder Arbeiter weiß auch, daß er Steuern bezahlen muß. Er wehrt sich nur und mit vollem Recht dagegen, daß er zahlt, während die leistungsfähigen Schichten nicht zahlen.

Die Deutschnationalen aber haben stets diese Steuerunwilligkeit unterstützt. Diese Kreise und die Hilfe, die ihnen diesmal die drei Regierungsparteien in vollem Maße angedeihen ließen, haben deshalb das gewaltige Steuerrecht an den Lohn- und Gehaltsempfängern noch verschärft, das in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß im Oktober bereits 72 Prozent der Einkommensteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht sind.

Die Volksparteiliche „Zeit“ meint zu der Eingabe der Gewerkschaften, die Regierung werde Gelegenheit haben, „eine scharfe Grenze zu ziehen zwischen erwünschter Anregung und unerwünschter Einmischung in die Regierungsgeschäfte, die den Gewerkschaften ebenso gut wie etwaigen anderen Versuchen gegenüber entschieden zurückzuweisen ist“.

Wahrnehmung der Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger und Hinweis auf große durch falsche Regierungsmassnahmen entstehende Gefahren ist also nach der „Zeit“ unerwünschte Einmischung in die Regierungsgeschäfte! Wie charakterisiert dann das Blatt die Haltung jener In-dustriellen, die der Regierung lediglich erlauben, das zu tun, was sie für richtig halten? Und wie charakterisiert die „Zeit“ jene Regierung Cuno, die diese Industriellen bei den wichtigsten Regierungshandlungen um ihre Erlaubnis bittet, während sie die Vertreter der Gewerkschaften nicht zu fragen für nötig findet?

Am 1. Januar 1923

beginnt ein neuer Jahrgang des „Vorwärts“. Seit nahezu vierzig Jahren sieht unser Blatt im Borderstreifen des Kampfes um eine neue Weltgestaltung. Entstanden in den schlimmsten Zeiten der Sozialistenhetze, hat es durch alle Wirrnisse und Bitternisse immer wieder den geistig und körperlich Schaffenden das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gezeigt, in der nicht mehr Zwang und Not alles beherrschen.

Die Weltkatastrophe des Weltkrieges hat Deutschland am schwersten betroffen. Die Würdenträger des alten schuld-beladenen Systems sind davongejagt oder gestorben. Aber sie ließen ein bankrotttes Land zurück und wir alle leiden unter der Last, die sie uns aufgeladen. In solchen Zeiten müssen die sozialistischen geschulten Massen, die dem Weltzerschmetterer Wilhelm trotzen, wieder zusammenstehen in gemeinsamer Front, um sich ihr Parteiblatt in voller Aktionsfähigkeit zu erhalten. Es fällt jedem Zeitungsunternehmen heute schwer, bei der unbegrenzten Geldentwertung seinen Betrieb aufrechtzuerhalten. Nur unter großen Opfern ist es dem

„Vorwärts“

bisher möglich gewesen, den Lesern ein gutes Nachrichtenblatt und ein politisches Kampforgane gleichzeitig zu bieten. Er darf deshalb damit rechnen, daß alle Genossen alle Kräfte anspannen, um den Kreis der Leser des „Vorwärts“ noch wesentlich zu erweitern und dadurch dem einzigen sozialdemokratischen Organ Berlins die Stärke zu geben, die ihm gestattet, auch weiteren Stürmen zu trotzen.

Darum: Zum Jahreswechsel wird jeder Leser des „Vorwärts“ und jeder Parteigenosse einen neuen Abonnenten!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzulenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal ins Haus.

Name _____
Wohnung: _____
Straße Nr. _____
vorn — Hof — Quergeb. — Seit: nrl. — Tr. links — rechts
bei _____

lichkeiten, dem öffentlichen Spott preisgab — oder sie gar verfolgte, folterte, verbrannte. Hüten wir uns vor der Gefahr, die darin liegt, daß so viele Volksgenossen nicht ahnen, wie oft derartige Abnormitäten des Seelenlebens von körperlichen Ursachen herrühren. Diese allgemeine Unkenntnis wollen wir alle bekämpfen, die wir glauben, solche Zusammenhänge besser erkannt zu haben. Und hierfür sollen uns solche Filme helfen, die in klarverständlicher Weise die Erkenntnisse der Wissenschaft der Allgemeinheit vermitteln. Weder die Volkshochschule, noch die Bildungsausschüsse, Elternbeiräte, noch alle für diese Fragen interessierten Kreise können an diesen Filmmöglichkeiten vorbeigehen. Dr. H. G.

Die Charlottenburger Liedertafel (Chormeister Hermann Schulten) gab ihr erstes Winterkonzert in der Hochschule für Musik mit gemischtem, halbwegs angängigem Programm und unter Mitwirkung des Organisten Rohrbach. Man sang recht und schlecht, leider meist recht schlecht. Die „Hymne an die Nacht“ von Beethoven war nicht weniger als „Lied und süß“, die von Rohrbach hübsch komponierte „Heldenheimfahrt“ nicht wichtig genug und nicht in entsprechender Auffassung, obgleich der erste Teil des Stüdes, der einstimmige Gesang, schön gebracht wurde. Die Frauenchöre versagten völlig, kurz: es ist sehr wenig zu loben. Wie aber ist es möglich, daß der Dirigent einer großen Chorvereinigung in Berlin keinen regulären Dreiviertel- oder Vierteltakt zu schlagen versteht? Das läßt sich doch, weiß Gott, in fünf Minuten lernen! So schwebt alles in der Luft und dieses Verlangen hat am meisten schuld an dem durchaus unerschütterlichen, dilettantischen Eindruck. Wann wird sich endlich der Staat der großen Chorvereinigungen annehmen? Dem Schlendrian in diesen Dingen muß ein Ende gemacht werden. A. R.

Eine kulturpolitische Tagung ist, wie wir bereits kurz gemeldet haben, für die Zeit vom 4. bis 8. Januar von der Volkshochschule Thüringen in Aussicht genommen. Es soll dabei die geistige Lage der Gegenwart behandelt werden, und es sind Arbeitsgemeinschaften vorgesehen über „Die städtische Kultur und die geistige Lage der Arbeiterschaft“, „Die ländliche Kultur und das Bauerntum“, „Jugend und Jugendbewegung“, „Die Krise der Wissenschaft“, „Die Krise der Weltanschauung“ und „Die Krise der Erziehung“. Die Tagung, die gewissermaßen eine „Soziologie des Bildungswesens“ geben will, ist allen Männern und Frauen zugänglich, die in der Bildungsarbeit oder in anderen Formen politischer und sozialer Tätigkeit stehen.

Deutsches Overland. Am Silvesterabend wird die Raebische musikalische Feste „Robert und Vertram“ gegeben mit den Herren Steier und Stahl in den Titelpartien. Als neue Einlage laßt die Ballettmeisterin, Fräulein Vna Berger, zum ersten mal den Straußchen Walzer „Wiener Blut“. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Am Neujahrskonzert des Berliner Sinfonieorchesters (Waldner-Direktor), abends 8 Uhr, im Säulensaal wirken als Solisten mit: Konzertmeister Nicolaus Rambinon (Violine) und Fritz Hartmann (Cello). Dirigent: Camillo Nidebaur.

Die Falschierung Italiens. Für den Oster, mit dem die italienische Regierung zurzeit darangeht, der ganzen Staatsmaschine einen falschen Charakter aufzubringen, ist die jetzt angeordnete Einprägung des Zirkonbändels in die Scheidemünzen und die Siegel des kaiserlichen Amtes ein äußerlicher Beweis.

Gewerkschaftsbewegung

25 Jahre „Gewerkschaftshaus“.

Am heutigen Tage kann die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Gewerkschaftshaus“ auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Nach längeren Vorbereitungen und Verhandlungen fand am 29. Dezember 1897 die notarielle Gründung statt, der am 16. Februar 1898 die gerichtliche Eintragung folgte. Ueber den Zweck der Gesellschaft ist im Gründungsprotokoll gesagt: „Der Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Bebauung und Ausnutzung von Grundstücken. Es soll auf einem noch zu erwerbenden Grundstück ein Haus errichtet werden, in dem Bureaus für Gewerkschaften und Krankenkassen, Unterkunftsräume für reisende Gewerkschaftsmitglieder und ein Restaurationslokal für die Mitglieder der Berliner Gewerkschaften und anderer Personen eingerichtet werden soll.“

In der Gründung waren 28 Gewerkschaften mit je 500 M. Einlage beteiligt. Außer diesen 28 Gewerkschaften trat der leider zu früh verstorbenen Genosse Dr. Leo Kronz mit einem Geschäftsanteil von 50 000 M. bei. Im Jahre 1900 wurde das Stammkapital durch den Beitritt weiterer Gewerkschaften mit je 500 M. Einlage und den Entschluß des Verbandes der Maurer, einen zweiten Geschäftsanteil von 4500 M. zu erwerben, um insgesamt 8500 M. erhöht. Dr. Kronz übernahm 1903 einen zweiten Anteil von 50 000 M. und im folgenden Jahre zahlten verschiedene Gewerkschaften 84 000 M. als neues Stammkapital ein. Dann folgte 1906 eine weitere Zahlung der Gewerkschaften von 88 500 M. Andere Gelder sind von den Gewerkschaften bis zur Errichtung des Anbaues im Jahre 1908 nicht hergegeben worden, weder als Darlehen, noch als Zuschüsse.

Die Erbauung des Gewerkschaftshauses wurde nur dadurch ermöglicht, daß Dr. Kronz eine mit 8 Proz. zu verzinsende Hypothek von 500 000 M. hergab mit der Bestimmung, daß weitere 800 000 M. Hypotheken vorher eingetragen werden dürften. Es gelang dann, von der Landesversicherungsanstalt Berlin als erste Hypothek 650 000 M. zu erhalten, die ebenfalls mit 8 Proz. zu verzinsen war, während die zweite mit 4 1/2 Proz. zu verzinsende Hypothek von 150 000 M. rein geschäftlicher Art war.

In der Gründungsversammlung wurden als Geschäftsführer Richard Hagen, Rudolf Willarg und Johann Sassenbach, als Mitglieder des Aufsichtsrats Dr. Leo Kronz, Gustav Wulfe und Johannes Timm gewählt. Da Willarg Anfang 1900 seinen Posten als Geschäftsführer niederlegte, trat Gustav Wulfe, der bereits die Verwaltung der Herberge übernommen hatte, an seine Stelle. Hagen wurde später durch Hugo Woldersky ersetzt. Außer den bereits genannten Personen waren noch folgende Genossen, die noch jetzt Gesellschaftler sind, an der Gründungsversammlung beteiligt: Franz Wytomsky (Buchbinder), Theodor Glöde (Tischler), Reinhold Poyold (Metallarbeiter) und Otto Sillier (Lithograph). Von diesen haben Poyold und Sillier längere Zeit dem Aufsichtsrat angehört.

Sofort nach Begründung der Gesellschaft begann die Suche nach einem geeigneten Grundstück. Es sind sehr viele Grundstücke besichtigt und sehr viele Kaufverhandlungen gepflogen worden, bis man sich mit Zustimmung einer besonders zu diesem Zwecke einberufenen Gesellschafterversammlung zum Ankauf des fast unbedeutenden Grundstückes am Engelauer zum Preise von 535 000 M. entschloß. Die Architektenfirma Reimer & Körte wurde mit der Ausarbeitung der Pläne und der Ueberwachung des Baues betraut, während die Arbeiten im einzelnen auf Voranschlag der Baumeister durch Geschäftsführer und Aufsichtsrat vergeben wurden. Im ganzen hat der Bau ohne Grundstück und ohne den 1908 aufgeführten Anbau rund 950 000 M. gekostet. Die Bauten schritten so gut vorwärts, daß bereits Mitte 1900 das Restaurant nebst Sälen und am 7. Mai die Herberge in Betrieb genommen werden konnte.

Dem Drängen von Dr. Kronz entsprechend ist im Laufe der weiteren Jahre eine stärkere Beteiligung der Gewerkschaften eingetreten, so daß man jetzt sagen kann, daß die Gewerkschaften die wirklichen Besitzer des Gewerkschaftshauses sind. Soweit noch Privatgelder im Hause stehen, sollen diese nach Beschluß des Ausschusses der Gewerkschaftskommission im Laufe des Jahres 1923 durch Gewerkschaftsgelder abgelöst werden.

Massenentlassungen bei der Oberpostdirektion.

Vom Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: Die Oberpostdirektion Berlin hält jetzt den Zeitpunkt für gekommen, sämtliche Posthelfer und Posthelferinnen, einschließlich der Kriegsbeschädigten, restlos zur Entlassung zu bringen. Angeblich ist nach einer Verfügung vom 4. Dezember 1922 der Ueberfluß an Personal so groß und die finanzielle Notlage des Reiches so ungünstig, daß alle Hilfskräfte möglichst vor Weihnachten noch entlassen werden müssen.

Wenn man's so hört, mag's leidlich erscheinen; aber wie sehen die Dinge in Wirklichkeit aus? Das Personal im unteren Dienst ist bereits auf das äußerste reduziert, trotzdem ist nach verschiedenen Feststellungen in diesem Jahre in ca. 10 Monaten mehr geleistet als voriges Jahr in 12 Monaten. Aber Personal soll angeblich auch dann noch überzählig sein, nachdem ca. 2000 Hilfskräfte mit einem Schläge aus dem Postbetriebe entfernt werden. Ohne weiteres

steht fest, daß nach der Entlassung aller Hilfskräfte Neueinstellungen vorgenommen werden müssen. Zum Fest wird das gesamte jetzt beschäftigte Personal nicht nur restlos gebraucht, sondern es müssen noch Weihnachtsanschlüssen in erheblichem Umfange eingestellt werden. Alle größeren Verkehrsämter haben sogenannte Stundenausgaben in größerer Zahl eingestellt, die verschiedentlich sogar 8 Stunden pro Tag Dienst getan haben. Zudem ist fast über-einstimmend betont, das vorhandene Personal wird restlos zu den Festtagen gebraucht, aber laut Verfügung müssen die Kündigungen bzw. Entlassungen vor sich gehen. Darüber hinaus aber ist bereits wieder mit Neuverordnungen und Einstellung von Postboten begonnen worden.

Was beabsichtigt die D.P.D. Berlin mit einer derartigen Regelung der Personalfrage und ist mit solchen Maßnahmen der finanziellen Notlage des Reiches gebient? Es muß darauf hingewiesen werden, daß ungewöhnliche Zeiten, wie sie sich durch den Weltkrieg und den Friedensvertrag von Versailles entwickelt haben, eine ungewöhnliche Behandlung gebietet. Rechte der Beamten nicht geschmälert zu werden, aber von selbst verbieten sich auf der einen Seite Massentalassungen, auf der anderen Seite Neueinstellungen.

Keinem Bewerber um Anstellung im unteren Postdienst würde Schaden entstehen, wenn ihm bei der Bewerbung eröffnet würde, daß eine Uebernahme in das Beamtenverhältnis in absehbarer Zeit nicht möglich ist, da durch die Verhältnisse notwendig die Kriegsbeschädigten und jahrelang Beschäftigten aus Billigkeitsgründen nicht entlassen werden können. Die Gruppe der Kriegsbeschädigten aber, welche von Schwertriebsbeschädigten zu Leichttriebsbeschädigten um- anerkannt ist, kann jedenfalls bei einigem guten Willen bei der D.P.D. Berlin weiter beschäftigt werden. Ihre Zahl dürfte tausend nicht erheblich überschreiten, und die gesetzlichen Bestimmungen wären in der Lage, den guten Willen der D.P.D. Berlin, falls er vorhanden ist, entsprechend zu stützen. Nach einer Entlassung aus einem Reichsbetriebe ist es für diese so gut wie ausgeschlossen, im Privatbetrieb unterzukommen. Sämt und besonders sind dann diese Kriegsopfer der öffentlichen Armenfürsorge ausgeliefert.

Denkt man in der D.P.D. daran? Man muß eigenartige Auffassungen über Werte besitzen, um in der Vernichtung von Existenzen in physischer und moralischer Beziehung eine Verbesserung der Finanzen des Reiches zu erblicken. Alle menschlich denkenden Beamten aber sollten sich gegen solche handgreifliche Ungerechtigkeiten wenden und die Allgemeinheit dafür interessieren helfen, damit hier nicht größere Werte der Vernichtung verfallen als eine handvoll Papiermark.

Eine neue Internationale.

Seit einigen Tagen findet in Berlin ein Kongreß der Syndikalistischen statt, an dem alle erdenklichen Länder von Mexiko bis Portugal, von den südamerikanischen Staaten bis zur Tschechoslowakei vertreten sind. Auch Deutschland ist dort „vertreten“, und zwar durch die Arbeiter-Unionen. Diese Syndikalistischen, die sozusagen ein anarchisierendes Ueberbleibsel sind und die selbst in ihrem ursprünglichen Heimatlande, Frankreich, jede Bedeutung verloren haben, sind mit der Moskauer Internationale nicht zufrieden, weil diese einerseits nicht „revolutionär“ genug ist, andererseits, wie ziemlich treffend ein italienischer Vertreter der Syndikalistischen sagte, weil die Moskauer Gewerkschaftsinternationale nicht eine unabhängige Arbeiterorganisation, sondern nur ein Organ der russischen Außenpolitik ist. Also haben sie gestern eine eigene „Internationale“ gegründet.

Run ist diesen Syndikalistischen, die schon vor einigen Monaten in Berlin verammelt waren, um eine Internationale zu gründen, ein kleines Malheur passiert. Damals galten als die Träger dieser neuen „Berliner Internationale“ die Franzosen, die aus dem französischen Gewerkschaftsbund ausgetreten sind, aber sich weit ruten, Moskau beizutreten. Inzwischen ist die Leitung dieser abgespaltenen Gewerkschaftszentrale den französischen Syndikalistischen entwandten und in die Hände der Kommunisten übergegangen. Deren Vertreter auf dem jüngsten Kongreß der Moskauer Gewerkschaftsinternationale hat dort den Anschluß an Moskau erklärt, ohne allerdings dazu beauftragt zu sein. Diese Beitrittserklärung ist vom Pariser Gewerkschaftsforum der Abgespaltenen gebilligt worden. Und da der Hauptteil der französischen Syndikalistischen gerade in Paris ist, so kann man annehmen, daß der nächste Kongreß der Abgespaltenen die Beitrittserklärung billigen wird. Somit ist das einzige Land, in dem die Syndikalistischen zwar nicht eine bedeutende, aber eine nennenswerte Zahl von Anhängern hatten, für sie verloren. Was sonst noch an der Beteiligung der „Berliner Internationale“ als Vertreter irgendeines Landes figuriert, ist in gewerkschaftlicher Beziehung ohne jede Bedeutung. Es genügt, wenn wir feststellen, daß die weitaus stärkste Gruppe die deutsche ist.

Wachsende Erregung der Staatsangestellten.

Die wachsende Erregung über die unbefriedigende Aufbesserung der Lohn- und Gehaltsbezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden im Monat Dezember hat in den verschiedensten Bezirken die Streikgefahr heraufbeschworen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen, die bekanntlich schon bei den letzten Verhandlungen in der Zeit vom 11. bis 13. und außerdem erneut am 19. Dezember die Regierung auf diese Gefahr hingewiesen hatten, traten gestern zu einer weiteren Aussprache zusammen, um zur augenblicklichen Situation Stellung zu nehmen. Nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände wurde der Beschluß gefaßt, der Reichsregierung, dem Reichsfinanzministerium, dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichspostministerium eine schriftliche Eingabe zu übermitteln, in der es u. a. heißt: „Die Organisationen erheben aus den Kreisen ihrer Verwaltungsstellen und Funktionäre viele Hunderte von Protestschreiben, die erkennen lassen, daß eine hochgradige Erregung, wie sie nie zuvor bestanden hat, allenthalben vorhanden ist. Die weitersteigende Teuerung hat die vorhandene Notlage bis zur Unerträglichkeit gesteigert, und die ablehnende Haltung der Regierung, die Dezemberbezüge nach dem Wunsch der Organisationen einer Revision zu unterziehen, hat den

Ummut des Personals noch beträchtlich erhöht.“ Die Reichsregierung wird ersucht, mit größter Beschleunigung neue gemeinsame Verhandlungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter über eine zeitgemäße Neuregelung der Bezüge anzusehen.

Es darf erwartet werden, daß die Reichsregierung dem Verlangen der Spitzenorganisationen schleunigst stattgibt, anderenfalls dürfte es den Gewerkschaften auf die Dauer nicht gelingen, die drohende Streikgefahr zu bannen.

Die arbeitsfreie Zeit.

Die deutschen Gewerkschaftsberichte enthalten interessante Angaben über die arbeitsfreie Zeit des Proletariats. Die älteren verheirateten Arbeiter suchen sich, wie übereinstimmend berichtet wird, für die freie Zeit noch Arbeit als Nebenberuf, teils arbeiten sie im eigenen Gemüße, und Ackerland. Einen großen Umfang, besonders unter den jugendlichen Arbeitern, hat die Beteiligung am Sport genommen. Sie trägt nicht nur zur körperlichen Erleichterung bei, sondern drängt auch die reinen Vergnügungsvereine zurück. Selbst in den kleinsten Orten sind heute Arbeiter Sportvereine. Weiter nimmt für viele Arbeiter die Betätigung in Gewerkschaften und Betriebsvertretungen viel Zeit in Anspruch. Sehr getragt wird über das mangelnde Interesse am Bildungsweesen. Am besten besucht werden von Arbeitern die von den Gewerkschaften veranstalteten populär-wissenschaftlichen Vorträge. Daraus ergibt sich, daß im Proletariat nicht Interessiertheit herrscht, sondern daß der Proletarier weniger Wissen sucht als ein Hineinwachen in seine Weltanschauung, wie die Gewerkschaften und die Parteien es bieten. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß bei einer Betrachtung über die Ausnutzung der freien Zeit der Arbeiter die langen Wege zu berücksichtigen sind, die sehr viele Arbeiter täglich zweimal zurücklegen haben. Besonders in Gegenden mit rascher Industrialisierung legen die Arbeiter infolge der Wohnungsnot täglich oft recht bedeutende Strecken zurück, die dem Arbeiter ein gut Stück seiner freien Zeit nehmen. So wohnen z. B. von den Arbeitern im Landkreise Merseburg 18 653 außerhalb ihres Arbeitsortes. Der Wohnort liegt entfernt: bei 3763 Arbeitern 3 bis 10 Kilometer, bei 10 770 Arbeitern bis 20 Kilometer, bei 435 Arbeitern über 30 Kilometer! Der Hin- und Rückweg zum Arbeitsort erfordert täglich entsprechend dieser Einteilung bis zu 3, bis zu 4 und bis zu 6 Stunden.

„Sozialisten und Achtsundentag.“

Unter dieser Epithete bringt das Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften vom 25. Dezember einen recht plumpen Angriff. Die Sozialdemokratie, die den Grundtag des Achtsundentages hochhalte, kommt in der Praxis mehr und mehr davon ab. Als Beweis für diese lächerliche Behauptung dient den „Christen“ einmal die Zustimmung des Dänischerer Regierungspräsidenten Genossen Grønner zu einer ausnahmsweisen neunstündigen Beschäftigung der Handwerker in den Leber-löser Fabrikwerken zur Aufstellung neuer Maschinen, weiter aber ein Schreiben des Oberpräsidenten von Sachsen, Genossen Hörning, vom 11. November (1), wonach die Arbeiter der Brau-lobenindustrie in Halle darauf aufmerksam gemacht werden sollen, daß sie nach ihrer Arbeitszeit im Bergbau bei der Kartoffel- und Zuckerrübenerte noch helfen müßten.

Wir hätten das Geschrei auch aus dem Zentrumslager hören mögen, wenn in beiden Fällen die notwendige Unterstützung versagt worden wäre. Da sie gewährt wurde von Beamten, die Sozialdemokraten sind, deshalb wird ein Widerspruch zwischen der sozialistischen Achtsundentagstheorie und Praxis zu konstruieren verübt und daran die Bemerkung geknüpft, daß es trotz allem sozialistischen Doktrinarismus Fälle gibt, „wo praktisch mit einer nur achtstündigen Arbeitszeit nicht auszukommen ist“.

Das „Zentralblatt“ hat damit der Sozialdemokratie lediglich bescheinigt, daß sie die einzig verlässliche Hüterin des Achtsundentages ist, da sie den Standpunkt vertritt, daß „praktisch mit einer nur achtstündigen Arbeitszeit“ in der Regel auszukommen ist, in notwendigen Ausnahmefällen aber, in jedem einzelnen Falle nach gehöriger Prüfung ausnahmsweise auf bestimmte kurze Zeit eine längere Arbeitszeit zulässig ist.

Die Wahl der Versicherungsvertreter zum Versicherungskamt der Stadt Berlin, die am 31. Dezember erfolgen sollte, hat sich erledigt, da nur eine Liste von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingereicht war. Somit gelten diese Listen als gewährt, und zwar auf Arbeitnehmerseite die von den freien Gewerkschaften als Vertreter der Versicherten vorgeschlagenen Kandidaten. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer.)

Auch in Leipzig. Die Oberpostdirektion Leipzig hat über 700 Aushelfer und Aushelferinnen entlassen. In kurzer Zeit sollen weitere Entlassungen von Hilfskräften vorgenommen werden. Darunter befinden sich auch Leute, die seit 1914 im Postdienst beschäftigt sind. Als Grund der Kündigungen wird Ueberjährigkeit infolge Arbeitsmangels angegeben.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Konfliktbeweise: Funktionärerversammlung heute abend 7 Uhr in der Schulstraße 1b. Zutritt nur mit Funktionärsausweis.

Abend. Kapellener! Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25. Vertretungsmännerversammlung. — Verband der Sattler, Kapellener und Portiermeister.

Wachstumsfeier Engel u. Cie. Heute nachmittags 2 Uhr Auszahlung der Unterzahlung an die Ausgelassenen.

Wetter bis Sonnabend mittig. Himmlich mild, überlegend bedeckt mit wiederholten, im allgemeinen geringen Niederschlägen, hauptsächlich Regen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Zentraldruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, Diercke 1. Druck.

KON LINON

Massary-Zigaretten

Die Daseinsberechtigung dieser Zigarette, der Beweis für ihre Güte, kommt erfreulich in der ständig wachsenden Zahl ihrer Anhänger zum Ausdruck.

edelmie der Name.

Das Tagebuch einer Hausfrau.

Ein Rückblick auf 23 Tage Hauswirtschaft.

In 23 knappen Tagebuchblättern, vom 1. Dezember bis zum Weihnachtsfest, hat eine Berliner Hausfrau im "Vorwärts" kurze Episoden ihres Kampfes mit den Preisen geschildert...

Die Wohnung.

Die Familie bewohnt ein Zimmer, Kammer und Küche — jetzt soll es gelagert werden — draußen in Pankow, und die Preise der eingekauften Lebensmittel sind die dort geltenden...

Ernährung.

Geht Essen... Das Essen, die Preise für das Essen, die niemand mehr genau kennt, niemand mehr genau angeben kann, verschlingen den Lohn im Handumdrehen, wachsen ins Endlose...

darauf streuen. Für den Mann, der alles erarbeitet, ist hin und wieder ein Lederbissen, Lederbissen, ein Restchen Schabefleisch, ein Endchen Wurst übrig...

Leben.

Sorgen bilden den Lebensinhalt, meist keine, ach so keine Sorgen, die riesengroß werden können und alle Gedanken voll in Anspruch nehmen. Da dreht sich's um den Kochtopf...

Die feierliche Woche.

Drei Feiertage sind vorüber, ein Sonntag und zwei Festtage, zwei weitere stehen bevor, und in der Zwischenzeit wird gearbeitet. Wenn man aber richtig hinsieht, dann will es einem so vorkommen...

Staatsanwalt König.

Der Schrecken der Spielclubs.

In der Joachimsthaler Straße hatte sich vor zwei Jahren ein feindlicher Spielclub etabliert, welcher hauptsächlich von Ausländern und insbesondere Russen besucht wurde...

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.

Er murmelte etwas Tonloses, aber Christine sagte: "Kommst du jetzt heim, Anselmus? Vielleicht ist es die rechte Zeit; aber vielleicht ist es zu spät..."

nackt waren, wie er jetzt sah. Er dachte noch: ich habe Leonhard meinen Mittel gegeben. Doch Leonhard war tot, und alles sank in neue Verwirrung. In Bacherlen stand er noch und konnte einmal tief atmen...

zueinander wie Mauern und die Brenneisleriefen griffen nach ihm. Gebückt schlich er vorwärts, immer vorwärts. "Parole", sagte eine ruhige, tiefe Mädchenstimme vor ihm...

Um den Achtstundentag.

Von I. J. Kamrowski.

Der Sturmangriff der großindustriellen Kreise gegen den Achtstundentag ruft die gesamte Arbeiterschaft zu energischer Abwehr.

Die Herren Thyssen und Stinnes haben in Herrn Dernburg ihren Vorläufer, der im Jahre 1919 unser Vaterland aus der wirtschaftlichen Not mit einer Stunde Mehrarbeit retten wollte. Nach der Diagnose der großen Industrieherrn, deren Dividendenpolitik zur Verschärfung unserer wirtschaftlichen Not ihr gerütteltes Maß beigetragen hat, sind jetzt schon zwei Stunden täglich erforderlich.

Der Achtstundentag ist aber für ein so hochentwickeltes Industrieland wie das unsere eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, ganz besonders unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen. Hätte die Revolution den Achtstundentag nicht dekretiert, die Nationalversammlung ihn nicht zum Gesetz erhoben, dann wären naturnotwendig die wirtschaftlichen Erschütterungen durch Kämpfe um den Achtstundentag in noch viel größerem Maße in Erscheinung getreten, als es seit Beendigung des Krieges der Fall war. Die Kämpfe in der Vorkriegszeit um Verkürzung der Arbeitszeit, um Einführung des Achtstundentages, sprechen eine allzu deutliche Sprache, und die großindustriellen Herren haben bei allgemeiner Einführung des Achtstundentages weiße Zurückhaltung geübt. Ein Versuch, den Achtstundentag zu beseitigen, die Arbeitszeit nach dem Wunsche unserer Industriekapitäne auf täglich zehn Stunden oder mehr zu verlängern, würde naturnotwendig schwere wirtschaftliche Kämpfe auslösen, dadurch die wirtschaftliche Not nur verschlimmern, statt sie zu mildern.

Das wertvollste Kapital unserer Volkswirtschaft ist die menschliche Arbeitskraft. Für die deutsche Volkswirtschaft, die stark auf Wareneport eingestellt ist, hat die anerkannt hochqualifizierte deutsche Arbeiterschaft eine ganz besondere Bedeutung, ein hoch anzuschlagendes Kapital, das zu vergeuden jeder gewissenhafte Volkswirtschaftler weit von sich weisen wird. In der französischen Kammer wurde kürzlich im Zusammenhang über die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands gegenüber anderen Völkern, namentlich Frankreich, von der „Arbeit der deutschen Arbeiter“ gesprochen. Die ausländische Konkurrenz fürchtet weislos weniger den deutschen Kapitalisten als die hochqualifizierte Arbeitsleistung der deutschen Arbeiterschaft. Dieses in der hochqualifizierten Arbeiterschaft fundierte Betriebskapital ungeschwächt zu erhalten, gebietet nicht nur volkswirtschaftliche Erkenntnis, sondern auch vaterländischer Sinn. Freilich darf man letzteren bei unseren Industrieherrn, unseren Krautjüngern, deren vaterländischer Sinn durch den eigenen Profit bestimmt wird, nicht erwarten.

Jede Verlängerung der Arbeitszeit, und gar eine solche nach dem Vorschlage Stinnes' auf zehn Stunden, würde naturnotwendig die quantitative wie qualitative Arbeitsleistung herabsetzen. Ein derartiger Versuch, unter den gegenwärtigen Lebensbedingungen, würde der deutschen Volkswirtschaft einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen.

Der Industriearbeiter hat außerhalb der reinen Arbeitszeit noch den Weg von und zur Arbeitsstelle zurückzulegen. Dafür sind durchschnittlich 2 bis 2 1/2 Stunden in Anschlag zu bringen. Eine Verlängerung der täglichen reinen Arbeitszeit auf zehn Stunden würde für den Arbeiter eine mit dem Produktionsprozess unmittelbar zusammenhängende zwölf- bis dreizehnhundertprozentige, bei geteilter Arbeitszeit, bis fünfzehnstündige Inanspruchnahme bedeuten.

Die hohe technische Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters beruht nicht zum wenigsten auf dem allgemeinen Bildungsgrad. Der Arbeiter muß sein Schulwissen, will er den durch die entwickelte Wissenschaft wie Technik gestellten Anforderungen gerecht werden, durch die verschiedensten Mittel und Gelegenheiten vervollständigen. Dazu gehört etwas Muße. Nach einer dreizehn- bis fünfzehnstündigen intensiven täglichen Inanspruchnahme stellt sich in der Regel naturnotwendig ein Mangel an geistiger Elastizität ein, der jede Möglichkeit der Weiterbildung unterbindet.

Bei verlängerter Arbeitszeit wird das Bedürfnis nach Zerstreuung noch stärker als jetzt in Erscheinung treten. Der technisch hochentwickelte Arbeitsprozess nimmt außer den körperlichen ganz besonders die geistigen Funktionen überaus stark in Anspruch und noch dazu höchst einseitig. Die starke einseitige Einpannung während des Produktionsprozesses löst ein um so stärkeres Bedürfnis nach Entspannung nach beendeter Arbeitszeit aus, die in irgendeiner Zerstreuung gesucht wird. Je länger die Arbeitszeit wird, desto größer wird auch die Unbedenklichkeit in der Wahl der Zerstreuungsmittel.

Der freilich wie unsere Kapitalisten in der Steigerung des Unternehmergewins an sich schon eine Steigerung der Sachwerte der Volkswirtschaft erblickt, wird die Verlängerung der Arbeitszeit als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit bezeichnen. Wir brauchen mehr als wir produzieren, also muß die Arbeiterschaft länger arbeiten, ist ein ebenso bequemeres wie haltloses Argument. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Die Arbeiterschaft ist durch die Not der Zeit gezwungen, in der freien Zeit allerlei Sachwerte zur häuslichen und sonstigen Lebenshaltung selbst zu erzeugen. Ueberaus stark wird die Kleingartenwirtschaft, vielfach verbunden mit Kleintierzucht, von der großstädtischen Industriebewohner betrieben. Die in der Kleingartenwirtschaft erzeugten Werte dürfen bei den heutigen Preisen auf Milliarden beziffert werden. In Betracht kommt zurzeit eine Zahl von 1/2 Million Kleingärtner, und die Zahl wächst rapide. Arbeiter, Angestellte, Beamte suchen durch die Kleingartenwirtschaft sich eine Zubuße zum Lebensunterhalt zu verschaffen. Die Gewinne aus der Kleingartenwirtschaft namentlich in gesundheitlicher Beziehung fallen noch schwerer ins Gewicht, als die rein wirtschaftlichen, die zahlenmäßig erfassbaren Sachwerte. Aber durch eine Verlängerung der Arbeitszeit auf täglich zehn Stunden würde die namentlich für die Großstadtbevölkerung so überaus segensreiche Kleingartenwirtschaft überaus stark gehemmt, zum Teil sogar unterbunden werden.

Die dadurch der Volkswirtschaft entstehenden Verluste können durch eine längere Arbeitszeit nie und nimmer aufgewogen werden. Die Steigerung der Produktion ist auch bei der achtstündigen Arbeitszeit durch zeitgemäße technische Verbesserung der Betriebe möglich. Doch hat dafür das Unternehmertum wenig Sinn, weil dazu Kapitalaufwand gehört, ohne unmittelbare Riesengewinne, die zurzeit durch Devisenspekulation an der Börse schneller und leichter zu erzielen sind.

Unsere wirtschaftliche Not ist groß, sie zu mildern oder gar zu beseitigen auf Kosten der Arbeiterschaft durch Verlängerung der Arbeitszeit, bedeutet eine weitere, ja, die schwerste Schädigung unserer Volkswirtschaft. Zur Behebung unserer wirtschaftlichen Nöte müssen andere Mittel gewählt werden. Von den Besitzenden muß Opferfreudigkeit verlangt, gegebenenfalls erzwungen werden.

In einer Zeit stärkster Marktentwertung, fabelhafter Dividendengewinne und Aktienkurse, in einer Zeit wildester Spekulationswut, zahlreicher Weindiebstahls, Kibörstuben und Spielhöllen, wo das Schieber- und Spekulantentum angeführt der gräßlichen Not des arbeitenden Volkes schamlos seine Orgien feiert, glauben Stinnes und seine Leute das drohende Gewitter durch eine Fuchspredigt über die Verlängerung der Arbeitszeit beschwören zu können. Der Teufel lacht dazu.

Wirtschaft

Die Geldentwertung im Jahre 1922.

Das jetzt zu Ende gehende Jahr stand unter dem Zeichen einer Geldentwertung, wie sie bisher noch nicht zu beobachten gewesen ist. Diese nahm ihren Ausgang von der Reparationspolitik der Entente. Trotz wiederholter eindringlicher Hinweise der deutschen Regierung, daß die Reparationspflicht weit über das Maß unserer Zahlungskraft hinausgeht, ist das Diktat von Versailles bis heute noch nicht abgeändert. Dabei darf nicht verkannt werden, daß die Politik der Erfüllung zweifellos große Erfolge erzielt hat. Dadurch, daß Deutschland seinen ersten Willen zeigte, selbst über seine Kraft hinaus zur Befriedigung der Kriegsschulden zu leisten, ist in den Reihen unserer Gegner die Erkenntnis eingebunden, daß Deutschland in Wirklichkeit einer Schonung bedarf. In seinem nackten Wortlaut ist das Friedensdiktat von Versailles niemals in Kraft getreten, die geleisteten Reparationen liegen vielmehr hinter den noch ungläublichen Forderungen dieses von imperialistischer Willkür diktierten Machtgebots zurück — wenn man von den offensichtlichen Rechtsbrüchen in der Frage der Ruhrbesetzung und der Teilung Oberschlesiens absteht. Aber weil man sich nicht entschließen konnte, den Vertrag selbst endgültig entsprechend der deutschen Zahlungsfähigkeit abzuändern, sondern erst unter dem Druck der Tarifkämpfe zeitweilige und unzureichende Zahlungsvereinigungen gewährte, um dann wieder mit Drohungen alle Hoffnungen auf eine wirksame und nachhaltige Erleichterung Deutschlands von seinen Zahlungspflichten zu vernichten — durch dieses System der kurzbesetzten Zwischenlösungen kam Deutschland nicht zur Ruhe und zur Entfaltung seiner eigenen Wirtschaftskraft. Ob der Meinungsumschwung Amerikas, der sich in der letzten Zeit ankündigt, zu einer befriedigenden Lösung führen wird, sieht noch dahin. Innere Widerstände traten zu dem außenpolitischen Druck auf die Welt. Sie fanden ihren erschütterndsten Ausdruck in Wahnsinnsreden verblendeter Nationalisten, deren eine, die Ernennung Rathenaus, genügt, um dem Kurs der Mark den letzten entscheidenden Stoß zu geben und die internationale Spekulation auf den Niedergang der deutschen Währung zu stärken. Weite Kreise der deutschen Wirtschaft sträubten sich gegen die Forderung der Sozialdemokratie, aus eigener Kraft etwas zur Stützung der Mark zu tun, weil man von einer Besserung des Marktkurses schwere Erschütterungen für das Wirtschaftsleben befürchtete. Statt dessen tat man alles, um die deutsche Währung selbst aus dem inländischen Verkehr zu verdrängen. Man führte vielfach Zahlungen in fremden Devisen ein und verstärkte die ohnehin schon große Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln dadurch noch auf künstliche Weise. Von den Reformplänen der Sozialdemokratie blieb infolge des Widerstandes der Bürgerlichen allein die Devisenverordnung bestehen. Die Ausgabe von Goldschuldscheinen, das Verbot der Fakturierung in fremder Währung, eine energische Kontrolle der Ein- und Ausfuhr — alles Maßnahmen, die zu der Devisenverordnung erst hinzutreten mußten, wenn diese überhaupt wirksam werden sollte, wurden hintertrieben.

So konnte die Mark bis in den November hinein immer tiefer sinken, ihr Wert sank im Ausland weit unter 0,002 Goldpfennige. Wie sich diese Entwicklung im Laufe der letzten zwei Jahre ausnimmt, sei dargestellt an Hand des amtlich festgesetzten Goldzolles auf Geldes, das für die jeweilige Woche den Kursstand der Mark nach den Valutakursen in den vorangegangenen Wochen berücksichtigt. Danach galt eine Goldmark bei der Zollzahlung in Papiermark:

1920	1. Januar	10	1922	1. August	115	1922	25. Okt.	540
	25. Mai	8		9. August	130		1. Nov.	708
	10. Okt.	10		18. August	145		8. Nov.	855
1921	20. Okt.	20		23. August	175		15. Nov.	1125
	23. Nov.	40		30. August	220		22. Nov.	1400
1922	1. März	45		8. Sept.	290		29. Nov.	1670
	21. April	60		18. Sept.	340		6. Dez.	1780
	25. Juni	65		29. Sept.	360		18. Dez.	1790
	11. Juli	80		27. Sept.	345		20. Dez.	1900
	19. Juli	95		11. Okt.	370		27. Dez.	1870
	26. Juli	105		18. Okt.	440			

Diese Uebersicht zeigt nicht sämtliche Schwankungen der Mark in ihrer vollen Schärfe, weil, wie bereits erwähnt, Durchschnittskurse der vorangegangenen Wochen für die Berechnung des Zollgoldaufgeldes in den den bezeichneten Tagen folgenden Wochen zugrunde gelegt sind. Immerhin ist gerade diese Art der Gegenüberstellung außerordentlich instruktiv. Am Jahresanfang hatten wir ein Geld, das im Ausland den 40. Teil des Vorkriegswertes hatte, am Ende des Jahres war dieser Wert bis auf rund 1/1000, also fast auf den 50. Teil gesunken. Im Gegenlage zu früheren Jahren war in diesem Jahre die Valutabewegung weniger eine Folge der Verschuldung des Staates und der Tätigkeit der Rentenpresse, als vielmehr die Rückwirkung spekulativer Wachsenschaften, die durch die außen- und innenpolitischen

Vorgänge einen starken Anreiz erhielten. Wie sich der Renten- und Umlauf in den letzten Jahren entwickelte, zeigt folgende Gegenüberstellung:

Mitte	1919	1920	1921	1922
	Milliarden Mark			
Januar	22,53	85,68	66,65	112,60
Februar	23,76	88,78	68,98	115,75
März	24,85	92,50	69,97	122,12
April	25,87	95,71	68,74	134,06
Mai	26,95	98,95	70,83	142,68
Juni	28,27	100,81	71,88	155,84
Juli	29,00	102,85	75,85	175,44
August	29,55	104,48	77,81	205,27
September	28,41	105,98	81,47	271,60
Oktober	29,99	102,15	87,73	374,50
November	31,12	103,10	85,18	582,10
Dezember	32,87	104,68	104,57	970,20

Diese Zahlen zeigen, wie sehr der Staat infolge der Geldentwertung gezwungen worden ist, die Rentenpresse zur Deckung des Haushaltsdefizits heranzuziehen. Etwa im gleichen Verhältnis sind die schwebenden Schulden des Reiches gestiegen. Diese haben bereits eine Billion überschritten, während der Renten- und Umlauf wahrscheinlich am Ende dieses Monats ebenfalls die tausendste Milliarde weit hinter sich gelassen hat. Im Gegensatz zu den Jahren 1919/20, wo das Anwachsen der schwebenden Schulden und des Renten- und Umlaufes der Geldentwertung voranging, ist im letzten Jahre die äußere Geldentwertung schneller fortgeschritten als die innere Verschuldung und die Geldaufblähung. Eine Billion Papierbanknoten entsprechen rund gerechnet zwei Milliarden Mark in Gold, während wir vor dem Kriege etwa 5 Milliarden Zahlungsmittel mit Goldwert in Umlauf hatten.

Aus diesen Angaben geht der spekulative Charakter der Geldentwertung im letzten Jahre deutlich hervor. Die Kreise, die ein wirksames Einschreiten gegen die spekultativen Wachsenschaften zu verhindern mußten, tragen die volle Mitverantwortung für die katastrophalen Folgen der Geldentwertung am inneren Markt.

Die Preistreiberien auf dem Holzmarkt.

Auf dem Holzmarkt am 14. und 15. Dezember in Osterode und Altenfeld wurden nach dem „Holzmarkt“ vom 18. Dezember Spitzenangebote von 170000 bis 180000 Mark für den Festmeter Kiefernholz abgegeben, und zwar für Rundholz, das im Frieden etwa 17 bis 20 Mark für den Festmeter brachte. Der November-Durchschnittspreis für Holzverkäufe aus den preussischen Staatsforsten betrug für Rundholz 1. Klasse etwa 67000 Mark und für Rundholz 3. Klasse etwa 57000 Mark. Von November bis Mitte Dezember ist also der Rundholzpreis von dem 350fachen auf das 1000fache des Friedenspreises gestiegen.

Welche Veranlassung lag für diese Preissteigerung vor? Worin liegt die Ursache? Im November stand er um 7000 herum, am 14. Dezember auf 7675. Ein Rundholzpreis von 10000 Mark des Friedenspreises rechnet aber bereits mit einem Dollarstande von 42000. Nach dem Stande des Dollars, der von der Holzindustrie stets als der Goldmesser für den Holzpreis angenommen wird, weil der deutsche Holzmarkt heute von der Einfuhr ausländischer Hölzer abhängig ist, wäre ein Holzpreis von höchstens 30000 bis 40000 Mark gerechtfertigt gewesen. Den Holzpreis aber auf 170000 bis 180000 Mark zu treiben, hieße die ganze Holz- und Bauwirtschaft auf ein Pulverfaß stellen, und die Holzverbraucher und Konsumenten zu Heloten machen. Nehmen wir nun an, daß der Winteranschlag der deutschen Wälder etwa 10 Millionen Festmeter Rundholz zum Verkauf stelle. Anstatt eines gerechtfertigten Preises von 30000 bis 40000 Mark wird der Holzhandel des Rundholz im Dezember auf mindestens 100000 Mark für den Festmeter treiben. Das heißt also, daß das Privatkapital es fertiggebracht hat, den Holzverbraucher eine Mehrbelastung von 600 Milliarden Mark aufzuerlegen.

Was soll ihr, so wird das Privatkapital sagen, ich habe dem deutschen Staat 600 Milliarden neue Einnahmen zugeführt, keine Volksovertretung ist so freigebig! Wir verzichten aber gern auf diese Freigebigkeit, die in Wirklichkeit ein unabweisbarer Beitrag des Staates und seiner Bürger ist. Die Deffenlichkeit muß es wissen, daß die deutschen Holzkönige den Kaufpreis vom Preussischen Staat zum Beispiel bis auf 18 Monate gestundet erhalten. Noch 1 bis 1 1/2 Jahren zahlen diese zweifelhaften Steuerbewilliger dem Staat den Holzverkaufspreis in einer 10 und mehrfach entwerteten Mark zurück. Ein Standal sondergleichen! Der Fiskus behandelt diese Großverdiener besser als die Armen seines Volkes. Vom Verbraucher lassen sich die Holzkönige das Holz oder teils im voraus oder mindestens in bar bezahlen. Zu dem Beitrag der deutschen Volkswirtschaft leiht der Staat den Holzkönigen also noch das Privatkapital.

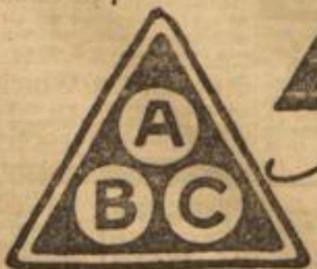
Daher auch wie auf dem Standpunkt stehen, daß die Wohnungsnot nur durch den Wohnungsneubau behoben und der Wohnungsneubau nur durch die Wohnungsabgabe finanziert werden kann, so müssen wir es doch ablehnen, der Mieterschaft eine 15fache Wohnungsabgabe zuzumuten, wenn die Reichsregierung und die Regierungen der Länder nicht verhindern, daß das Großkapital sich an dieser Abgabe bereichert. Die Parole unserer Vertreterinnen in den Parlamenten muß darum lauten: Wohnungsabgabe? — Ja! Wohnungsabgabe zugunsten des Baustoffwunders? — Nein! Zunächst Bekämpfung des Baustoffwunders, dann Wohnungsabgabe. Wir wollen und können uns nicht mitverantwortlich machen an dem Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft.

Nicht anders ist es auf anderen Gebieten. Grubenhölz wird im Preis in die Höhe getrieben — darauf steigen die Kohlenpreise, und der Anstoß zu einer allgemeinen Teuerung ist gegeben. Aber auch die Not der Preise wird mit den Papierholzpreisen ins Unendliche gesteigert. Noch so hohe Abgaben, und andere Verbilligungsaktionen müssen ergebnislos verlaufen, wenn dem Holzwucher nicht gesteuert wird.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Autotabelle sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 österrische Kronen abgibt 10,82 Geld, 10,68 Brief; 1 tschechische Krone 233,40 Geld, 239,60 Brief; 1 ungarische Krone 3,00 Geld, 3,08 Brief; 1 bulgarische Lerwa 50,81 Geld, 51,18 Brief, 1 jugoslawischer Dinar 78,90 Geld, 78,70 Brief.

Miller Porzoll's
Kleingarten- und
Kleintierzucht
in 18 Briefen empfohlen als unentbehrlich

NO PUHONNY



BATSCHARI bringt
handgemachte CIGARETTEN
in höchster Vollendung.

